Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Schwerpunkt Stadt-Land-Beziehungen

Interviews:

Gerd Sonnleitner

UN-Sonderbotschafter für das Internationale Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft

Wolfgang Ehrenlechner

Katholische Landjugendbewegung

ASG-Frühjahrstagung in Münster

H 20781 | 65. Jahrgang | 01/2014 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Am Rande notiert – ASG-Vorsitzender Dr. Martin Wille
2 LandSchau 2014: „Lust aufs Land“ – Ländliche Entwicklung in Europa
- Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen
- Bürger engagieren sich gemeinsam
- Jugend und Bildung
8 Preisträger im Wettbewerb: Kernige Dörfer
12 Tagungsregion Münsterland
14 Programm der ASG-Frühjahrstagung

Agrarpolitik

15 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Fachpresse statt heute show

Landwirtschaft

17 Interview mit Gerd Sonnleitner: Landwirtschaft ist anders als die Produktion von Kugelschreibern

Ländlicher Raum

20 Interview mit Wolfgang Ehrenlechner: Erneuerbare Energien einzige Alternative
22 Mädchenbilder in Männerdomänen
24 Ausbildung zur Equal-Pay-Beraterin im ländlichen Raum
24 Herausforderung Leerstand: Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre
27 Engagiert mitgestalten!
27 Fragen zum Ehrenamt an Ute Göpel

Schwerpunkt Stadt-Land-Beziehungen

28 MORO-Forschungsprojekt: Stadt-Land-Partnerschaften zum Nutzen der Regionen
30 Europäische Metropolregion Nürnberg – eine Heimat für Kreative
32 MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg
35 Landbevölkerung der Region Naturgarten Kaiserstuhl initiiert Partnerschaften mit Freiburger Stadtteilen
38 Regiopolregion Rostock
40 Neue EU-Förderperiode: Impulse zur Entwicklung von Stadt-Umland-Partnerschaften
41 STADT-LAND-ILE? Potenziale der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Stärkung der Kooperation von Stadt und Land
43 Die spätmittelalterliche Stadt und ihr Umland am Beispiel Lüneburgs
46 Lesetipps: Metropolregionen und Regionalplanung
Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit?
Kleine Städte in peripheren Regionen
Diskussionspapier: Stadt.Land.Europa.

Personalien

47 Christian Schmidt neuer Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
47 Arnd Spahn Vorsitzender im SVLFG-Vorstand
47 Hermann Kroll-Schlüter 75 Jahre
47 Christel Hoffmann 65 Jahre
47 Michael Busch und Ines Fahning neue Geschäftsführer der ASG

Termin

47 Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen – Innovationen querfeldein“

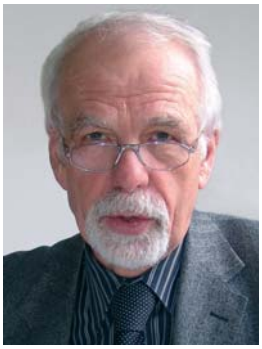
Für Sie gelesen

47 eurotopia-Verzeichnis 2014 – Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa

Aus der Forschung

48 Lebensgrundlage Land
48 Zukunftschancen bedarfsgerechter Nahversorgung in ländlichen Räumen Niedersachsens
48 Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen – Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO)

Foto Titelseite: M. Busch



„Gemeinsam für den ländlichen Raum“, unter diesem Motto stand das 7. Zukunftsforum ländliche Entwicklung im Rahmen der Grünen Woche 2014. „Partnerschaften nachhaltig stärken“ war eine Europäische Konferenz überschrieben, die im Juni 2012 vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin veranstaltet wurde. In einem Diskussionspapier zu dieser Konferenz heißt es, dass Stadt-Land-Partnerschaften zahlreiche Vorteile für die Regionalentwicklung aufweisen. Sie würden die verschiedenen lokalen und regionalen Akteure in funktionalen Räumen zum gegenseitigen Nutzen zusammenbringen. Ist das so? Finden auch ländliche Räume in einer solchen Partnerschaft eine adäquate Berücksichtigung? Zweifel sind angebracht. Sie werden jedoch in diesem Heft zerstreut: In zwei Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), die zwischen 2008 und 2013 vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführt wurden, hat sich beispielsweise gezeigt, dass ländliche Räume ihre Potenziale in Partnerschaften einbringen könnten. Zu diesem Ergebnis kommen grundsätzlich auch die Kooperationspartner der MORO Nord-Region. „Stadt und Land in gemeinsamer Verantwortung“ heißt es in der „Bad Bevenser Erklärung“, deren große Bedeutung für das Selbstverständnis und die Wahrnehmung der ländlichen Räume herausgestellt wird. „Wie geht es weiter?“ wird am Schluss der Erklärung gefragt. Man wolle die begonnene Kooperation fortsetzen. Allerdings fehle nach dem Auslaufen des Modellprojekts MORO Nord vor allem den peripher gelegenen ländlichen Regionen eine Plattform. Ist damit etwa ein Grundsatzproblem der inzwischen zahlreichen Modellprojekte in und für ländliche Räume angesprochen? Was geschieht in der Region nach Auslaufen des Modellprojekts? Haben diese Projekte etwas von Dauer bewegen und bewirken können? Es wäre wirklich schade, wenn sich gerade Modellvorhaben von Stadt-Land-Partnerschaften als ländliche Strohfeuer erweisen würden.

Und trotzdem: Gemeinsam und partnerschaftlich zwischen Stadt und Land – das könnte Leitfaden für die ländliche Entwicklungspolitik der Zukunft werden. Auch für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das sich im neuen Regierungsgefüge als Wirtschaftsministerium im ländlichen Raum verstanden wissen will. Es werde, so Staatssekretär Robert Kloos in seiner Rede zur Eröffnung des 7. Zukunftsforums in Berlin, die Verantwortung für die ganzheitliche ländliche Entwicklung übernehmen, bürgerschaftliches Engagement unterstützen und gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen Perspektiven für ländliche Regionen mit einer hohen Lebensqualität schaffen. Das klingt sehr gut und es ist zu hoffen, dass das Vorhaben der von einer großen Koalition getragenen Bundesregierung gelingt, nämlich die derzeitige Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ grundlegend neu zu gestalten. Sie solle, so Staatssekretär Kloos, als Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ zu einem „zentralen Bund-Länder-Förderinstrument für starke ländliche Regionen“ entwickelt werden.

Ihr

StS a.D. Dr. Martin Wille
Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Fotos: M. Busch

LandSchau 2014:

„Lust aufs Land“ – Ländliche Entwicklung in Europa

Im Zentrum der Eröffnungsveranstaltung der LandSchau standen Veränderungen der europäischen Förderpolitik ab 2014.

Helir-Valdor Seeder, Landwirtschaftsminister der Republik Estland, diesjähriges Partnerland der Internationalen Grünen Woche Berlin, begrüßte ausdrücklich die Angleichung der Mittelvergabe, die in der neuen Förderperiode der GAP erfolgen werde, da heute die Fördermittel innerhalb Europas sehr unterschiedlich verteilt seien. Obwohl die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft auch in Estland stetig abnehme, sei die Landwirtschaft für das dörfliche Leben und die Kultur im ländlichen Raum sehr wichtig. Die Esten lebten in und mit der Natur und die Erzeugung gesunder Lebensmittel habe einen hohen Stellenwert. Deshalb komme dem ökologischen Landbau auch eine besondere Bedeutung zu.

Landwirtschaftsminister Johannes Remmel, NRW, bezeichnete den Klimawandel, den Umgang mit Tieren und Natur sowie den Erhalt der Artenvielfalt in der Fläche als besondere Zukunftsherausforderung für den ländlichen Raum. Erfreut zeigte er sich darüber, dass die Mittel ab 2014 etwas stärker in die 2. Säule fließen und so den ländlichen Raum stärken würden. Es sei sinnvoll, mehr Geld für Prozesse und Strukturen einzusetzen als bisher und weniger für Direktzahlungen.

Im Vergleich zur letzten Förderperiode gäbe es bei der Förderung der ländlichen Räume in drei Hauptbereichen neue Ansätze, so Peter Kaltenegger, EU-Kommission. Erstens werde eine Zusammenarbeit der verschiedenen Fonds (Landwirtschaftsfonds, Regionalfonds, Sozialfonds, Fischereifonds) in den Regionen im Rahmen eines gemeinsamen strategischen Rahmens eingefordert, zweitens solle die Politik der ländlichen Entwicklung sehr stark auf Klima, Umwelt und Innovation fokussiert werden und drittens erfolge eine grundsätzliche Vereinfachung der Förderung für kleine Projekte. Als Beispiel nannte er LEADER-Projekte mit einem Finanzbedarf von etwa 15 000 €.

StS a.D. Dr. Martin Wille, Vorsitzender der ASG, wies auf den lt. Koalitionsvertrag vorgesehenen neuen Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge hin. Hier sei, ebenso wie bei der Kooperation der Fonds, eine Zusammenarbeit über die Grenzen der Ressortzuständigkeiten hinaus erforderlich, was voraussichtlich nicht einfach werde.

← **Helir-Valdor Seeder**
Landwirtschaftsminister der Republik Estland

Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Peter Kaltenegger
EU-Kommission, GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Dr. Martin Wille
StS a.D., Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Dr. Ralf Niermann,
Landrat, Kreis Minden-Lübbecke

Tõnis Korts
Landkreis Viljandimaa

Moderatorin Heike Götz

→

Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen

Internationale Kooperation

Vorreiter einer deutsch-estnischen Zusammenarbeit sind die Kreise Minden-Lübbecke und Viljandimaa, die sich gemeinsam auf der LandSchau-Bühne und am Stand des Deutschen Landkreistages (DLT) präsentierten. Während zu Beginn der seit über 20 Jahren bestehenden Partnerschaft Hilfslieferungen im Mittelpunkt der Beziehungen standen, praktizieren die beiden Landkreise heute eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, z. B. bei LEADER-Projekten. Natur- und Landschaftsschutz seien immer ein wichtiges Thema gewesen, so Dr. Ralf Niermann und Tõnis Korts, Landkreis Viljandimaa. Die Naturschule in Tipu im Nationalpark Soomaa wurde mit Unterstützung des Vereins „Partner für Estland e.V.“ verwirklicht. Sehr viele Kontakte hätten sich auch auf sportlicher Ebene ergeben und das estnische Folk-Festival in Viljandi sei Bestandteil eines regen deutsch-estnischen Kulturaustauschs.

Interkommunale Kooperation

Zur Sicherung der Lebensqualität in den Dörfern müssen angesichts des demografischen Wandels neue Wege gegangen werden, so Dr. Markus Mempel, Deutscher Landkreistag. Zwar sei dies noch nicht bei allen Verantwortlichen angekommen, aber immer mehr Kreise würden nicht nur auf förderfähige Investitionen setzen, sondern neue Leitbilder und

Dr. Jürgen Römer, Frederik Otto, Moderatorin Petra Schwarz, Till Eulenspiegel, Andreas Memmert, Dr. Markus Mempel

Wege entwickeln. Ein Beispiel hierfür sei die interkommunale Zusammenarbeit. Es könne nicht mehr in jedem Dorf „das eigene Süppchen gekocht werden“, wie es Dr. Jürgen Römer, Fachdienstleiter Dorf- und Regionalentwicklung Landkreis Waldeck-Frankenberg, ausdrückte. Da der Markt in Bezug auf die Breitbandversorgung total versage, hätten sich z. B. in Nordhessen fünf Landkreise zusammengeschlossen, die mit Unterstützung des Landes 150-250 Mio. € investieren werden, um jeden Ort an das Glasfasernetz anzuschließen.

„Die Kunst ist, über Kreise und Landesgrenzen hinaus zusammenzuarbeiten“, betonte Andreas Memmert, Bürgermeister der Einheitsgemeinde Schladen-Werla. Seine Heimatgemeinde habe sich mit sieben anderen Gemeinden aus zwei Landkreisen und der Stadt Salzgitter zusammengetan. Mit 200 Partnern aus allen Bereichen seien Ideen entwickelt und Masterpläne erstellt worden. Eines von 170 – auch mit Hilfe von EU-Fördermitteln – umgesetzten Projekten sei der touristische Masterplan. Jetzt könne die Region europaweit als „Nördliches Harzvorland“ vermarktet werden. Frederik Otto, Wirtschaftsförderung Landkreis Ostprignitz-Ruppin, betonte, dass auch für die Fachkräftesicherung das gemeinsame Standortmarketing sehr wichtig sei.

Kommunen und Wirtschaft gemeinsam

Um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, wurde 2006 der Verein „Wachstumsregion Ems-Achse“ von den Landkreisen Aurich, Wittmund, Leer, Emsland und Grafschaft Bentheim sowie der Stadt Emden zusammen mit Wirtschaftsunternehmen, Kammern und Verbänden der Region gegründet. War die Arbeitslosenquote in der dünn besiedelten Region im Nordwesten Niedersachsens Mitte der 1990er Jahre noch überdurchschnittlich hoch, so hat sich die Region heute zum Jobmotor entwickelt. Haupttätigkeitsfeld des Vereins mit heute 1 500 Mitgliedern ist inzwischen die Fachkräfteinitiative. Sie soll dem heutigen und künftigen Fachkräftemangel entgegenwirken, indem sie mit dem Projekt „Junge Ems-Achse mit Zukunftsideen“ Maßnahmen zur Berufswahlorientierung und Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen fördert, mit Hilfen für die Kinderbetreuung in der „Familien-Achse“ den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert, als „Ems-Achse Mobil“ auf Jobmessen um Fachkräfte wirbt und in sieben Fachkräfteservicestellen die Ansiedlung der „Neuen“ erleichtert: Ob Kindergartenplatz, Wohnungssuche oder Job für den Lebenspartner, die Servicestellen helfen.

Dr. Dirk Lüerßen und Moderatorin Heike Götz

Bürger engagieren sich gemeinsam

Bürgerbahnhof

Mehrere Jahrzehnte war das 1889 erbaute Bahnhofsgebäude in Leutkirch im Allgäu bereits ungenutzt und der vor knapp 15 Jahren geplante Umbau zur Stadthalle war wegen der hohen Kosten von 5 Mio. € bereits gescheitert, da entwickelten fünf junge Leutkirchner eine Idee, deren Umsetzung 2013 im Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ ausgezeichnet wurde. Unter dem Motto „Bürger kaufen den Bahnhof, Bürger sanieren den Bahnhof, Bürger beleben den Bahnhof“ wurde 2010 eine Genossenschaft gegründet und von heute 700 Genossenschaftsmitgliedern über 1 Mio. € Bürgerkapital aufgebracht. In Rekordbauzeit von 16 Monaten wurde das Gebäude von 17 ehemals arbeitslosen Personen und Handwerksbetrieben aus der Region saniert. Der denkmalgeschützte Bahnhof beherbergt heute eine Gaststätte mit Brauerei, fünf Unternehmen und das Informationszentrum Nachhaltige Stadt.

Gastronomie mit Hausbrauerei im Bereich des ehemaligen Bahnhofsrestaurants und der Warteräume

Hereinspaziert ...

Unter dem Motto „Hereinspaziert – LandFrauen öffnen ihre Dörfer und Gärten“ stand der erste niedersachsenweite Aktionstag der LandFrauen im Juni 2013. Unterstützt vom NDR, wurde an mehr als 100 Orten gezeigt, wie attraktiv, zukunftsfähig und lebenswert der ländliche Raum sein kann. Den LandFrauen sei wichtig gewesen, so Brigitte Scherb, erste Vorsitzende des Niedersächsischen LandFrauenverbands Hannover, dass unterschiedliche Vereine und Organisationen wie die Freiwillige Feuerwehr oder die Landjugend an den Aktionen beteiligt gewesen seien und den Gästen Einblicke in Dorfgärten, Bauerngärten und Landwirtschaft gewährt hätten. Die breit gestreuten Angebote seien von 30 000 Besuchern genutzt worden.

... LandFrauen öffnen ihre Gärten

Dorfläden

Das Dorfladen-Netzwerk stellte einige der mittlerweile über 200 Dorfläden in Deutschland vor. Wolfgang Gröll, Unternehmensberater und bundesweiter Dorfladen-Berater, betonte, dass weniger die Einwohnerzahl als bürgerschaftliches Engagement und Identifikation mit dem Laden Bedingung für den Erfolg eines Dorfladens seien. Bei Informations- und Motivationsveranstaltungen frage er als erstes die Bürger nach ihren Wünschen. Claudia Fromligt, Mitarbeiterin im Dorfladen Heising, berichtete über die persönliche Beziehung zu den Kunden, die dazu führt, dass alle sich mit dem Laden identifizieren und dass ihre eigene Tätigkeit mehr als ein Job sei. Für das Gelingen eines Dorfladenkonzepts sei darüber hinaus ein Großhändler wie Rainer Utz, Geschäftsführer des Utz-Lebensmittel-Großhandels, notwendig, der in der Lage und willens ist, auch kleine Läden zu beliefern. Sein Familienunternehmen beliefere in Süddeutschland 400 meist kleine Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte. Seit etwa 15 Jahren nehme die Zahl der bürgerschaftlich geführten Läden darunter zu.

Jugend und Bildung

„hier sind wir! Mobil“

Im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projekte durch einen Innovationsfonds im Kinder- und Jugendplan des Bundes. Eines von 45 Modellprojekten in Brandenburg ist das „hier sind wir! Mobil“, welches von Fabian Brauns, Kreis-Kinder- und

Foto: hier sind wir! MOBIL!

Das Mobil bei der „langen Nacht in Buckow“

Jugendring Märkisch-Oderland e.V., vorgestellt wurde. Unter fachkundiger Leitung haben Kinder und Jugendliche einen Bauwagen zum Treff- und Veranstaltungsort umgebaut, der seit Sommer 2013, ebenfalls von den Jugendlichen organisiert, den Landkreis Märkisch-Oderland „bereist“. Das 8 m² kleine „hier sind wir! Mobil“ kann dank Verstärkeranlage und eingebauter Küche auch als Musikbühne fungieren oder die Verpflegung von Workcamps sicherstellen. Ziel des Projektes ist, die Jugendbeteiligung zu stärken und Akteure intensiver zu vernetzen. Nicht immer sei die Verwirklichung von guten Ideen einfach, so Anett Bauer, Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Brandenburg e.V. Regionalmanager und Bürgermeister verstünden die Anliegen der Jugendlichen oft nicht gleich. In diesem Fall sei es wichtig, dass „Übersetzer“ tätig würden, damit ein echter Ideenaustausch und eine Vernetzung stattfinden könnten.

„HEIMVORTEIL – Punktsieg für‘s Land!“ ...

... hieß eine von der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Bayern von 2011 bis 2013 durchgeführte Kampagne, die ländliche Räume mit ihren Entwicklungspotenzialen und Chancen in den Mittelpunkt stellte und die Schwerpunkte politische Beteiligung, Umwelt, Wirtschaft und Soziales hatte. Als einen Höhepunkt bezeichneten die anwesenden Mitglieder der KLJB die Landtagsaktion, während der bei Muffins, Bowle und Postkarten-Aktionen viele Gespräche mit Abgeordneten geführt werden konnten. So hätte beispielsweise durch das Engagement der KLJB verhindert werden können, dass aus dem Gesetz zur Landesplanung und aus dem Landesentwicklungsprogramm (LEP) Ziele und Grundsätze in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales gestrichen wurden. Nicht durchgesetzt werden konnte hingegen die Forderung nach konsequenter Jugendbeteiligung und verbindlichen Zielen für eine Energiewende im LEP. Aber auch die Aktionen der Jugendlichen auf Diözesanebene seien ein voller Erfolg gewesen: Beispielsweise die Renovierung eines Kindergartens in einer 72-Stunden-Aktion, eine Theateraufführung für das Dorf oder die Auseinandersetzung von Dorfgruppen im Diözesanverband mit ihrem Lebensraum und ihrer Dorfkirche unter dem Motto „Landgewitter – Frischer Wind für Kirche und Land“. Die inzwischen erschienene Dokumentation zur Kampagne soll Ideen, Erkenntnisse und Erfahrungen für zukünftige Landjugendgenerationen sichern (weitere Infos unter www.kljb-bayern.de).

Die Katholische Landjugend befragt das Publikum.

Ingwer Seelhoff, Moderatorin Petra Schwarz, Günter Möller und Uta-Maria Kern diskutieren über Bildung auf dem Lande.

Bildung als Standortfaktor

Gerade in kleinen Ortschaften würden Bildungseinrichtungen geschlossen und deshalb die Attraktivität der Dörfer und damit auch die Immobilienwerte sinken, so Ingwer Seelhoff, ews group Lübeck. Bildung dürfe jedoch nicht auf Schule reduziert werden, es gehe auch um außerschulische Lernangebote wie Volkshochschulkurse und die Primarbildung, etwa den Kindergarten. Der Zusammenarbeit von unterschiedlichen Bildungsträgern und zwischen den Kommunen käme eine immer größere Bedeutung zu. Das Jahr 2014 sei in Schleswig-Holstein zum Jahr der ländlichen Räume erklärt worden, einer der Schwerpunkte sei Bildung, erläuterte Günter Möller, Regionalmanager der LAG AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz. Dies gelte auch für die jetzt beginnende neue EU-Förderperiode, allerdings sei das Thema Bildung für die LEADER-Gruppen zunächst neu. Auch müssten noch viele Zuständigkeiten im Bildungsbereich geklärt werden. Bei der Suche nach Partnern sei nicht nur das Bildungsangebot selbst wichtig, sondern ebenfalls die Finanzierung der Anfahrt. Durch die Zusammenarbeit mit der Sparkassenstiftung wäre diese z. B. für den außerschulischen Lernort „Erlebnis Bungsberg“, der zum Projekt Bildungsspaß Ostholstein gehöre, langfristig gesichert. Im Kontext der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ bestehe beim Bildungsspaß Ostholstein mittelfristig das Ziel, Kindern aus Grundschulen und Kindergärten einmal im Jahr kostenfrei den Besuch einer solchen Bildungseinrichtung zu ermöglichen. Uta-Maria Kern, Geschäftsführerin des Verbandes der Bildungszentren im ländlichen Raum, wies darauf hin, dass Kooperationen dann besonders gut funktionierten, wenn die Partner unterschiedliche Kompetenzen mitbrächten und sich ergänzten. Die Bildungszentren seien mit ihren Übernachtungs- und Verpflegungsangeboten auf längere Aufenthalte spezialisiert.

Lernort Bauernhof

Annette Müller-Clemm, Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof e.V. (BAGLoB), beschrieb den Bauernhof als einen Ort, an dem Kinder alle Kompetenzen erwerben können, die sie zum Leben brauchen. Viele Landwirte würden sich in diesem Bereich engagieren, um der Gesellschaft zeigen zu können, wie reale Landwirtschaft funktioniere und welche Mühe die Nahrungsmittelproduktion mache. Wenn die Zusammenhänge deutlicher würden, steige auch die Wertschätzung für Nahrungsmittel. In Bayern sei es erklärtes Ziel der Staatsregierung, jedes Schulkind mindestens einmal auf einen Bauernhof zu schicken, weshalb dies auch finanziell unterstützt werde. Zusätzlich würden den Landwirten Qualifikationskurse angeboten, so Dr. Victoria Lofner-Meir, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. 300 Anbieter hätten bereits an der 120-stündigen Fortbildung teilgenommen und ein pädagogisches Konzept für ihren Bauernhof erarbeitet. Friedrich König, Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft Lernort Bauernhof – Erlebnishöfe in Bayern, beschrieb anschaulich, wie Schulkinder aber auch Erwachsene auf seinem Hof in einem kurzen Zeitraum sowohl die Kuh im Stall sehen als auch das Käsemachen durch eigenes Tun erfahren könnten. Er sei überzeugt, dass die authentische Lernumgebung auch eine besondere Lernqualität mit sich bringe. Mehrtägige Aufenthalte im Rahmen von Klassenfahrten stünden im Fokus der Initiative Schulbauernhof Havel-Aue e.V., so Mitinitiatorin und Vorstand des Vereins Tina Lüneburg. Der in Hohen Neuendorf, nördlich von Berlin, entstehende Schulbauernhof werde das intensive Eintauchen ein großes Spektrum der landwirtschaftlichen Arbeit zeigen.

Siedlungsdruck im Großraum München

Modell für eine neue Dorfmitte

Tunnelwirkung durch enge Bebauung

Preisträger im Wettbewerb:

Kernige Dörfer

Claudia Busch

Viele Dörfer bemühen sich intensiv um eine Belebung ihrer Kerne und den sorgsamen Umgang mit Flächen. Im bundesweiten Wettbewerb „Kerniges Dorf! Ortsgestaltung durch Innenentwicklung“ haben sechs von ihnen eine Auszeichnung für besonders vorbildliche Ideen und Strategien zur Innenentwicklung erhalten. Der von der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) 2013 durchgeführte Wettbewerb wurde durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert. Preise in Höhe von 10 000 € für die Inanspruchnahme von Beratungs- und Imageleistungen stellte die Landwirtschaftliche Rentenbank zur Verfügung.

Die ASG entwickelte ein Punktesystem, mit dem sie die Ausrichtung von Innenentwicklungsstrategien auf das gesamte Dorf ebenso bewertete wie den Umsetzungsgrad und die Bevölkerungsbeteiligung. Orte mit besonders kreativen oder innovativen Ansätzen konnten zusätzliche Punkte erwerben. Alle Bewerber wurden nach Ortsgröße und Schrumpfungsprozessen in verschiedene Kategorien eingeteilt, um Chancengerechtigkeit herzustellen. Die besten Bewerber einer Kategorie wurden der Fachjury vorgestellt, die nach mehreren Sitzungen und Bereisungen die Gewinner bestimmte.

Fraunberg – dörflichen Charakter in Wachstumsregion erhalten

Der knapp 700 Einwohner umfassende Altort Fraunberg in Oberbayern steht vor allem vor der Herausforderung, auf Einwohnerzuwachs und eine starke Fluktuation in der Großregion München zu reagieren. Trotz des großen Siedlungsdrucks soll der dörfliche Charakter über Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Gemeinsam mit einem Architekturbüro wurde ein Modell für eine neue Dorfmitte erarbeitet, in deren Zentrum ein Bürgerhaus mit verschiedenen Nahversorgungsangeboten und betreutem Wohnen stehen soll. Nicht weit davon entfernt wurde bereits ein Kinderzentrum ausgebaut, damit Krippe, Kindergarten, Hort und Spielplätze direkt im Ort integriert sind.

Als lebendigen Impuls will Fraunberg auch die vorhandene Durchgangsstraße nutzen. Statt weitere Flächen über den Bau einer Umgehungsstraße zu versiegeln, bevorzugt der Ort, mit kleinen Maßnahmen die Durchfahrtsgeschwindigkeit zu verringern. Auch soll der Verkehr als Kundenpotenzial für den Einzelhandel im Ort genutzt werden. Um diesen zu fördern, kauft die Gemeinde Gebäude entlang der Hauptstraße, in denen kleine Geschäfte und Werkstätten mit Wohnnutzung verbunden werden können.

Mitglieder der Fachjury im Wettbewerb „Kerniges Dorf!“

Arthur Arnold, Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Euerbach und Sprecher der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal, **Dr. Peter Dehne**, Professor für Planungsrecht/Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, **Nathalie Franzen**, „Dorfplanerin“ in Rheinland-Pfalz, **Klaus-Dieter Karweik**, Innenentwicklungsexperte beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen, **Dr. Angela Kunz**, Referatsleiterin im Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, **Dr. Renate Vogelsang**, Referat 416 (Entwicklung ländlicher Räume) im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Claudia Busch

ist Leiterin des Projektbüros Ländliche Räume und hat den Wettbewerb „Kerniges Dorf! Ortsgestaltung durch Innenentwicklung“ für die ASG betreut.

Tel. (0561) 988 03 72
info@proLR.de

Verbindungen durch neue Wege

Kunst im Leerstand

Ausstellung im ehemaligen Ladenlokal

Dabei legt das Dorf stets viel Wert darauf, die Ideen der Bewohner zu integrieren. Als Besonderheit kann der mit dem bayerischen Gütesiegel „Nachhaltige Bürgerkommune“ ausgezeichnete Ort auf seinen Gemeindeentwicklungsverein verweisen. Dieser fungiert als Schnittstelle zwischen Bürgerschaft und Gemeinderat.

Goldenstedt – lebendige Mitte durch Gestaltung neuer Wege

Der gut 3 000 Einwohner große Ort in der Weser-Ems-Region hat sich durch Neubaugebiete am Ortsrand in den letzten Jahren räumlich stark ausgedehnt. Entlang der Hauptstraße gaben viele Geschäfte auf, weil es ein großes Einkaufszentrum am Ortsrand gibt. Gleichzeitig hat sie streckenweise einen tunnelartigen Charakter, weil die ursprüngliche zeilenartige Bebauung nah an der durch den Ort führenden Landesstraße kaum Verbindungen zur sog. „zweiten Reihe“ zulässt.

Unabhängig von ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit entwickelten daher mehrere Goldenstedter in der Arbeitsgemeinschaft „Ortskernentwicklung“ die Vision „Goldenstedt 2020“, die als Rahmen für zukünftige Investitionen gilt. Durch neue Plätze und Fußwege werden Verbindungen geschaffen. Rund um die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde wurde bereits der „Neue Markt“ gestaltet, der auch die Schulgebäude integriert. Über den Skulpturenpark führen abwechslungsreich gestaltete Wege zum Mehrgenerationenpark und -haus.

Für Senioren sollen auch Wohnmöglichkeiten im Zentrum geschaffen werden. Die zeilenartige Bebauung an der Hauptstraße wird für die Gestaltung barrierefreier Räume aufgebrochen. Die Straße gilt als Garant für Lebendigkeit – so kann das Geschehen im Ort beobachtet werden. An einer Reduzierung des LKW-Verkehrs wird jedoch weiter gearbeitet.

Durch den Umzug der älteren Generation werden die in den 1950er und -60er Jahren ausgewiesenen Baugebiete frei. Sie können heutzutage dichter bebaut werden, weil sich die Ansprüche an Grundstücksgrößen deutlich verringert haben. Damit junge Familien auch Altbauten im Kern nutzen, hat Goldenstedt eine Richtlinie zu deren finanzieller Förderung erarbeitet.

Kyllburg – mit Kunst und Kreativität gegen die Tristesse

Kyllburg in der Eifel hat in den letzten Jahrzehnten durch die periphere Lage viele Einwohner verloren; aktuell wohnen etwa 900 Menschen dort. Als vor 15 Jahren zudem ein großes Hotel im Zentrum schloss, zog sich der Einzelhandel immer weiter zurück und Leerstand verbreitete sich wie eine Krankheit. Der äußerliche Verfall führte zu einer pessimistischen Grundhaltung der Bewohner.

2012 gründeten zunächst drei Interessierte die „Offensive gegen Leerstand“, die als ersten Schritt das Modellprojekt „Kunst – Kultur – Kyllburg“ ins Leben rief. Mit Unterstützung der Eigentümer und regionaler Unternehmer wurden Schaufenster zu Galerien umgebaut und Werke verschiedener Künstler ausgestellt. Vier verschiedene Zyklen ermöglichten viele Vernissagen, die Kyllburger und Besucher in die Ausstellungen lockten. Mit diesem und weiteren Projekten kam wieder Schwung in den Ort. Neben den Ausstellungen veranstalteten die Kyllburger Krimilesungen, führten ein Kinderkunstprojekt durch und eröffneten einen genossenschaftlich geführten Kunsthandwerkerladen. Die Übernahme ehrenamtlicher Arbeit – auch in der Pflege von Straßen und Anlagen – wurde wieder zur Selbstverständlichkeit.

Inzwischen ist die Initiative auf 20 Engagierte angewachsen. Gemeinsam arbeiten sie an neuen Ideen, um Kyllburg als Kunststadt weiter zu etablieren. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass immer wieder Möglichkeiten für Menschen entstehen, die sich nur punktuell oder zeitlich begrenzt engagieren wollen. Kyllburg ist wieder so lebendig geworden, dass sich selbst für das zentrale Hotel ein neuer Nutzer fand; ebenso wie für einige Ladenlokale. Denn die schönen Ausblicke ins Land machen diese auch als Galerien und Ateliers attraktiv.

LeerstandsOFFENSIVE – ein lernendes Netzwerk für frische Ideen

Gemeinsam haben die zwölf oberpfälzischen Gemeinden Altendorf, Eslarn, Guteneck, Niedermurach, Oberviechtach, Schwarzach, Schönsee, Stadlern, Teunz, Thanstein, Weiding und Winklarn die „LeerstandsOFFEN-

LeerstandsOFFENSIVE ...

Gemeinsam anpacken in der Oberpfalz

Foto: u.m.s. Leipzig

Bürgerbeteiligung für neue Ideen

Otersen ...

Straßendorf mit vielen Baudenkmälern

SIVE" ins Leben gerufen. Grundgerüst dieser Offensive sind monatliche Treffen der Bürgermeister und des eingebundenen Planungsbüros urban management systems GmbH. Das Netzwerk diskutiert über Projektideen, lädt Experten zu Schwerpunktthemen ein oder bereitet gemeinsame Exkursionen vor. Von Anfang an waren sich die Beteiligten einig, dass sie sich nach außen öffnen und frische Ideen in ihre Region holen wollen.

Gemeinsam luden sie vier junge Hochschulabsolventen unterschiedlicher Disziplinen ein, für zehn Monate in eine Wohngemeinschaft in einem zuvor eigenständig renovierten leerstehenden Haus zu ziehen. Von dort aus sollten diese die Leerstände in allen Orten kartieren, Ideen für Neunutzungen entwickeln, die Eigentümer ansprechen und mit Partizipationsmethoden wie z. B. Zukunftswerkstätten die Dorfbewohner sensibilisieren. Umnutzungsideen sollen sich am Bedarf der Bevölkerung (Nahversorgung, Seniorenwohnungen etc.) orientieren oder über touristische oder Mietwohnangebote zusätzlich Personen in die Orte locken.

In den einzelnen Orten gibt es verschiedene Umsetzungsprojekte, z. B. den Umbau einer Scheune zu einer Veranstaltungshalle und einem Museum unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung, die umfassende Neugestaltung der Ortsmitte und den Aufbau eines Dorfladens in einer ehemaligen Sparkasse in einem zweiten Ort, die Umnutzung eines ehemaligen Brauhauses für seniorengerechte Wohnungen und die Unterstützung von traditionellen Familienunternehmen, damit sie bestehende Gebäude im Kern ausbauen und gewerblich nutzen. So können lokale Identitäten erhalten werden, während bei Problemen, die im Zuge der Innenentwicklung auftauchen – beispielsweise die teils schwierige Kommunikation mit Alt-Eigentümern – Lösungsansätze gemeinsam in der LeerstandsOFFENSIVE diskutiert werden können.

Otersen – Baukultur zukunftsorientiert nutzen

Das gut 500 Einwohner umfassende Dorf am Rand der Lüneburger Heide hat 34 Baudenkmäler auf 15 Hofstellen, viele ortsbildprägende Gebäude standen leer. Seit den 1990er Jahren läuft ein Bewusstseins- und Sensibilisierungsprozess im Ort. Die Dorf- und Vereinsgemeinschaft e.V. hat die Innenentwicklung als Satzungsziel aufgenommen. Gemeinsam mit den Bürgern wurde zudem ein Dorfentwicklungskonzept erarbeitet, in dem die Formulierung „Neues Leben in alten Gebäuden – Ortskern erhalten und beleben" als Ziel aufgenommen ist.

Sowohl privat als auch durch örtliche Vereine wurden bereits zahlreiche Hofanlagen in neue Nutzungen überführt. Ein altes Schulhaus wurde von der Gemeinde zum Kindergarten und zur Mini-Sporthalle umgebaut. Auch hat sie eine ehemals landwirtschaftliche Fläche mit einem Häuslingshaus gekauft und zum Dorfplatz mit Sport- und Rastanlagen umgebaut. Das Häuslingshaus, das einst Tagelöhnern oder Knechten als Unterkunft diente, wurde vom Sportverein saniert und zu einem Fitness-Studio umgebaut, zusätzlich wurde hier ein Jugendraum eingerichtet. Der Dorfladen w. V. erwarb ein Grundstück im Ortszentrum und baute das dortige Häuslingshaus mit viel Eigeninitiative und -mitteln zu einem Dorfladen mit Café um. Auch eine Wohnung wurde im Dachgeschoss eingerichtet. Auf der Grundstücksfläche sollen in Zukunft barrierefreie Wohnungen entstehen. Privat wurden ein Fachwerk-Doppelhaus, eine denkmalgeschützte Durchfahrts-Scheune und ein alter Schweinestall zu Wohnhäusern umgebaut sowie zwei Fachwerkspeicher umgesetzt, um sie zu bewahren.

Die Otersener renovieren ihr baukulturelles Erbe mit Herzblut und handwerklichem Geschick. In besonderem Maße wird hier die Dorfgemeinschaft als Ressource gepflegt und genutzt, was sich in einem großen ehrenamtlichen Engagement zeigt.

Stiftung Landleben – lebenswerten Wohnraum schaffen und erhalten

Die vier nordthüringischen Orte Blankenburg, Kirchheilingen, Sundhausen und Tottleben haben 2011 gemeinsam die „Stiftung Landleben" gegründet, deren Ziel im Bau von seniorengerechten Wohneinheiten besteht. Hierfür werden freie Flächen in den Ortszentren genutzt. Der Grundgedanke ist, dass das ursprüngliche Wohneigentum – oftmals vom Verfall bedrohte Hofanlagen – zur Finanzierung der Wohnmiete in die Stiftung eingebracht werden

Engagiertes Anpacken in Otersen

Baukultur im Zentrum erhalten

Barrierefreies Wohnen im Ortskern

kann. Ziel ist es gleichzeitig, die alten Gebäude so umzubauen und zu sanieren, dass sie wiederum an junge Familien vermietet werden können.

Mit dem Bau barrierefreier Bungalows wird es Senioren ermöglicht, ihren Lebensabend im Dorf zu verbringen. Teilweise wohnten diese vorher in schlecht gedämmten Gebäuden, in denen Treppen bewältigt und Kohleöfen versorgt werden mussten.

Die Bungaloweinheiten passen sich baukulturell unauffällig in die Dörfer ein. Durch die Lage in der Ortsmitte können die älteren Bewohner direkt am Gemeindeleben teilhaben. Die Außenanlagen der Bungalows sind so gestaltet, dass auch Pflegedienste umstandslos vor der Haustür parken könnten. Und die Stiftung Landleben denkt bereits weiter. Unter dem Projektnamen „Landengel“ sollen zusätzlich Gebäude in den Dorfkernen zu Dienstleistungszentren mit medizinischen und Beratungsangeboten umgebaut werden.

Innenentwicklung im Dorf bleibt eine Herausforderung

Innenentwicklung ist ein durchaus noch neuer Gedanke in vielen Dörfern, wie die Bewerbungen zeigten. Mit wenigen Ausnahmen waren fast alle Orte in der Anfangsphase neuer Strategien und hatten gerade mit ersten Umsetzungen ihrer Planungen begonnen. Die Vernetzungsmöglichkeiten allein über den Wettbewerb zeigten den Bedarf nach Information und Vorbildern. Innenentwicklung ist nicht konfliktfrei, denn in stark schrumpfenden Dörfern ist auch die Frage nach Rückbau und Abriss zu stellen. Wie kann ein solch destruktiv oder pessimistisch erscheinender Akt gestaltet werden, ohne eine ebensolche Stimmung nach sich zu ziehen? Innenentwicklung im Dorf heißt, dass sich Menschen mit diesen Fragen beschäftigen, die möglicherweise die nötige Sensibilität im Umgang mit den Bewohnern haben, für ihre ehrenamtliche Tätigkeit aber nicht zwangsläufig den fachlichen Hintergrund eines Architekten, Planers, Quartiersmanagers oder Psychologen mitbringen.

Widersprüchliche Gesetze und Förderrichtlinien behindern den Prozess Innenentwicklung oft zusätzlich. Während das Denkmalschutzamt etwa eine historische Geschosshöhe vorschreibt, nimmt die Bauaufsicht diese nicht ab, weil sie aktuellen Sicherheitsauflagen nicht entspricht. Bei der Gestaltung des Dorfzentrums stören Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen und Genehmigungsbehörden auf übergeordneten Ebenen vertreten möglicherweise andere Interessen als das Dorf selbst. Bis alle gesetzlichen Auflagen erfüllt und in den entsprechenden Ämtern bearbeitet wurden, sind manchmal Fristen in Förderprogrammen verstrichen. Oder dem dörflichen Arbeitskreis, der mit viel Enthusiasmus und Energie ein neues Projekt geplant hatte, ist inzwischen die Luft ausgegangen …

Innenentwicklung im Dorf ist nur vor den spezifischen Hintergründen jedes einzelnen Ortes möglich. Vor welchen Herausforderungen die Dörfer auch immer stehen, gemeinsam bleibt ihnen, dass Innenentwicklung eine Daueraufgabe ist. Sie ist die planerische und bauliche Antwort auf soziale Veränderungen, bei der es immer um das Ziel geht, den Ortskern als Herz des Dorfes mit Leben zu erfüllen. Mit dem bundesweiten Wettbewerb „Kerniges Dorf!“ wurden Ideen prämiert, die sich dieser Aufgabe vorbildlich angenommen haben. ■

Nähere Informationen zum Wettbewerb und den Gewinnern finden sich in einer Broschüre, die unter www.asg-goe.de/wettbewerb heruntergeladen oder bei der ASG-Geschäftsstelle bestellt werden kann.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

rentenbank

Prinzipalmarkt mit Rathaus Münster

Fotos: Presseamt Münster / Tilman Roßmöller

Tagungsregion Münsterland

Das Münsterland, mit Münster im Zentrum, liegt in Nordrein-Westfalen, eingebettet zwischen dem Teutoburger Wald im Nordosten, der Lippe im Süden und der niederländischen Grenze im Westen. Es besteht aus den Kreisen Borken, Coesfeld, Warendorf und Steinfurt sowie der Stadt Münster.

Stadt Münster

Die Tagungsstadt kann auf eine etwa 1 200-jährige Geschichte zurückblicken. Besonders bedeutend war die Schließung des Westfälischen Friedens 1648 im Rathaus Münster. Auch heute noch kann der gotische Bau besichtigt werden, ebenso wie viele andere historische Gebäude in der Altstadt, die nach einer fast gänzlichen Zerstörung im 2. Weltkrieg nach altem Stadtbild wieder aufgebaut wurden. Darüber hinaus sind in der Region viele alte Schlösser und Burgen sehenswert, wie der ehemalige Wohnsitz von Annette von Droste-Hülshoff.

Lambertikirchplatz in Münster

Derzeit beherbergt die Fahrradstadt Münster etwa 300 000 Menschen und 500 000 Fahrräder. In Relation zur Stadtgröße hat Münster, auch dank der vielen Studierenden, überdurchschnittlich viele kulturelle Angebote, Cafés und Kneipen. Zu den Attraktionen, die jährlich etwa 5 Mio. Touristen nach Münster locken, gehören auch etliche Grünanlagen und ein vielfältiger Wochenmarkt.

Landwirtschaft im Münsterland

Das Münsterland ist einer der leistungsfähigsten Agrarwirtschaftsräume der Erde und Zentrum der Veredelungswirtschaft. Die Landwirtschaft stellt mit rund 2 Mrd. € Umsatz und etwa 35 000 Arbeitskräften auf 12 300 Betrieben einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor im Münsterland dar. Von den knapp 600 000 ha Katasterfläche werden 370 000 ha landwirtschaftlich genutzt. Dies entspricht 62 % und liegt damit über dem Durchschnitt von NRW mit 50 %.

Trotz der teilweise sandigen Böden ist das Münsterland wegen seines Klimas ein agrarischer Gunststandort. Das Weserbergland und der Teutoburger Wald wirken als Kältesperre und sorgen für milde Winter, bei jährlich mehr als 1 500 Sonnenstunden. Aufgrund der geringen Fruchtbarkeit der Böden, der Flächenknappheit und der günstigen Importmöglichkeiten für Futter setzte sich die Tierproduktion durch. 33 % der Rinder, 36 % des Geflügels und 55 % des Schweinebestandes Nordrhein-Westfalens werden im Münsterland gehalten, obwohl dieses nur 17 % der nordrhein-westfälischen Fläche umfasst. Auch auf Bundesebene ist die große Bedeutung der Tierhaltung im Münsterland zu erkennen: Trotz eines Flächenanteils von lediglich 1,6 % an der Bundesfläche, werden im Münsterland 14 % aller Schweine in Deutschland gehalten.

Haus Düsse

Das Versuchs- und Bildungszentrum Haus Düsse verdankt seinen Namen Adrian van der Düssen, der das Rittergut 1641 zu einem Wasserschloss umbaute. Im Jahr 1950 wurde es von der Landwirtschaftskammer übernommen und dient seitdem mit 278 ha Betriebsfläche als zentrale Lehr- und Versuchsanstalt für Tier- und Pflanzenproduktion. Hier werden praxisnahe, wirtschaftliche, umweltverträgliche und tiergerechte Produktionsverfahren erarbeitet und diese Erkenntnisse dann in Aus- und Fortbildungen weiter vermittelt.

Auf dem Betrieb werden im Bereich der Tierhaltung (Zuchtsauen, Ferkelaufzucht, Mastschweine, Milchkühe, Kälber, Mastbullen, Legehennen, Masthähnchen, Puten, Mutterschafe – oft mit mehreren Rassen) verschiedene Stallsysteme, Fütterungs- und Klimatechniken erprobt. So werden die Bullen in einem Offenstall mit alternativem Tretmistsystem gehalten und der Milchviehstall weist sowohl einen Schulmelkstand mit zwei Melksystemen, als auch einen Melkroboter auf. Außerdem gibt es verschiedene Prüfungen, wie die Eigenleistungsprüfung für Bullen (LPA), Herkunftsprüfungen und Futterwertleistungsprüfungen für Broiler, Qualitäts- und Leistungsprüfung für Ferkel oder im Ackerbau Werteprüfungen, Sorten- und Pflanzenschutzversuche.

Freilauf Abferkelbucht

Bio-Energiepark Saerbeck – Solaranlage auf Bunkern

Kreis Steinfurt

Mitten im Kreis Steinfurt liegt die NRW-Klimakommune der Zukunft: Saerbeck. Eines von vielen Projekten des Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes ist ein Bioenergiepark. Seit 2011 wurde ein 90 ha großes ehemaliges Munitionsdepot Stück für Stück in einen Energiepark mit sieben Windkraftanlagen, Biomassekraftwerken und der größten auf Bunkern errichteten Solaranlage Europas umgewandelt. Ende letzten Jahres wurde der Energiepark fertig gestellt und inzwischen hat die Gemeinde Saerbeck ihr Ziel, sich selbst mit Strom zu versorgen, nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen: Die Gemeinde erzeugt nun doppelt so viel Strom wie sie mit ihren Einwohnern und Betrieben verbraucht. Bemerkenswert ist auch, dass das Projekt durch örtliche Investoren finanziert wurde. So gehört der Park allen Saerbeckerinnen und Saerbeckern, die hier ihren eigenen regenerativen Strom erzeugen.

Aber auch anderswo im Kreis Steinfurt können sich Personen an einem sowohl ökologisch als auch ökonomisch nachhaltigen Projekt beteiligen: Sie können ihre Hecken pflegen lassen. Im Rahmen des Euregioprojekts Energiequelle Wallhecke wird das Heckenmaterial, das bei der Pflege entsteht, als Hackschnitzel weiterverwendet.

ENERGIEQUELLE WALLHECKE
STOKEN OP STREEKHOUT

ASG-Frühjahrstagung 2014 in Münster

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung hat Zukunft! Aber welche?

Mittwoch, 21. Mai 2014

9.00 – 10.30 Uhr **Führungen**

a) Münsters Altstadt und ihre Merkwürdigkeiten
b) „Zwischen Traum und Tradition“ – Führung rund ums Schloss

11.00 – 17.30 Uhr **Vortragstagung und Diskussionen**

In den Vorträgen werden folgende Themen angesprochen:

- Tierhaltung, Tierschutz und Tiergesundheit im Koalitionsvertrag – Umsetzung durch die Bundesregierung
- Aktivitäten der Bundesländer zur Verbesserung der Haltungsbedingungen, der Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere
- Die Nutztierstrategie der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA)
- Das zweistufige Label „Für mehr Tierschutz“ des Deutschen Tierschutzbundes
- Die branchenweite Initiative für mehr Tierwohl in der Schweine- und Geflügelproduktion
- Vorstellungen der nordrhein-westfälischen Ökoverbände zu höchstem Tierwohl und ihre Erwartungen an die geplante Novelle der EU-Bioverordnung

19.00 Uhr **Empfang der Landesregierung am Aasee**

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Hilal Sezgin, Autorin des Buches „Artgerecht ist nur die Freiheit: Eine Ethik für Tiere oder Warum wir umdenken müssen“

Donnerstag, 22. Mai 2014

8.00 Uhr **Fachexkursionen**

Fachexkursion A: Zukunft der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung

- Versuchs- und Bildungszentrum Landwirtschaft Haus Düsse: Tierwohl und Tierschutz in der Schweinemast, Tierverhalten, Möglichkeiten zur Steigerung des Tierwohls, Kosten, Haltungssysteme
- Schweine erfolgreich tiergerecht halten – Besuch eines Bio-Ferkelerzeugungs- und Schweinemastbetriebes
- „Artgerecht“ erfolgreich vermarkten – Vorstellung einer regionalen Bio-Erzeugergenossenschaft mit Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung
- Besichtigung eines konventionellen Tierhaltungsbetriebes

Fachexkursion B: Regionale Entwicklung und Energiewende im Kreis Steinfurt

- Die Energiewende als Herausforderung und Chance für ländliche Räume – Besuch einer NRW-Klimakommune mit „Gläserner Heizzentrale“ und eigenem Bioenergiepark
- Regionale Vernetzung durch Konfektionierung und Vertrieb einer Präsentkiste mit regionalen Produkten
- Besichtigung eines NEULAND-Betriebes mit Legehennen und Mastschweinen und einer qualitätsorientierten, tiergerechten und umweltschonenden Tierhaltung
- Energetische Nutzung von Wallhecken mit Hilfe des onlinebasierten Wallhecken-Informations-Systems „WallIS“

Das vollständige Tagungsprogramm und Online-Anmeldung im Internet unter
www.asg-goe.de

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Gefördert vom:
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Fachpresse statt heute show

Von alten Zirkuspferden, neuen Arbeitstieren, interessantem Politiker-Casting, hohen Erwartungen und der Kunst, in der Berliner Agrarpolitik aus der Not eine Tugend zu machen

Sie soll gut gefüllt gewesen sein, die CSU-Lostrommel mit dem Hauptgewinn „Bundeslandwirtschaftsminister“ und mit Horst Seehofer als Glücksfee und der Lizenz zum offenen Ziehen mit Zurücklegen. Dass der eine – Gerd Müller – nicht wollte, dürfte insbesondere in Teilen der ministeriellen Beamtenschaft mit einiger Erleichterung aufgenommen worden sein. Dass eine andere – Marlene Mortler – trotz Erfüllung der Mehrfachquote – Frau, Fränkin, vom Fach – nicht sollte, könnte in berufsständischen Verbänden für gewisse Enttäuschung gesorgt haben. Die ohnehin bereits mit dem Amt der Drogenbeauftragten entschädigte Agrarierin führt ihre Nicht-Berücksichtigung auf „die in der Politik herrschenden eigenen Gesetze“ zurück. Gemeint haben dürfte sie dabei in erster Linie die Eigenheiten ihres Parteivorsitzenden. Der war selbst schon einmal „Minister für Kartoffeln und Bananen“ in Berlin und weiß um die Anforderungen des Amtes.

Daher verwundert nicht, dass Seehofer dem Vernehmen nach außer der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt dem unlängst schon zum stellvertretenden Parteivorsitzenden wie Phönix aus der politischen Asche aufgestiegenen Peter Gauweiler das Ministeramt angeboten hat. Der nach Auffassung der gewöhnlich gut informierten Frankfurter Allgemeinen Zeitung „amtlich bestellte Quertreiber und Bayerns ranghöchster Störenfried“ lehnte aus guten Gründen die ministeriellen Fesseln ab und enthielt möglicherweise damit dem Ministeramt eine seit Künasts Zeiten nicht mehr gekannte mediale Aufmerksamkeit vor. Zumindest ließ Gauweilers diesjähriger Auftritt beim Politischen Aschermittwoch in Passau mit fundierter Kritik an der Europäischen Kommission („Flaschenmannschaft“) ahnen, dass die Agrarpolitik unter seiner Führung kein Nischendasein geführt, stattdessen aber einen gesicherten Platz in der allwöchentlichen heute show gehabt hätte …

Vom „alten Zirkuspferd“ Gauweiler führte die Kandidatensuche den Großen Vorsitzenden auf direktem Weg zu dessen Gegenmodell Christian Schmidt. Der 56-jährige Jurist gilt in Berlin nicht unbedingt als „Mann der Manege“ oder gar „Rampensau“, eher schon als Arbeitstier. Zur Bestätigung betonte der „nette Mann aus Franken“ bei seinem Amtsantritt in der Wilhelmstraße sogleich, er sei „kein Talkshow-Fuzzi“. Im Übrigen sei er „fränkischer lutherischer Protestant und dennoch begeisterungsfähig“ – alles in allem keine guten Voraussetzungen für größere Präsenz jenseits der Fachpresse. Dazu passend wurde der neue Chef in seinen ersten Dienstwochen kaum außerhalb der eigenen Bürowände und abseits von Aktenbergen gesichtet. Dabei soll es im aufgeregten Berliner Politikbetrieb schon Leute in herausgehobenerer Position gegeben haben, die nicht der Meinung waren, dass sich einer oder eine erst ins sein Metier einarbeiten sollte, bevor er oder sie seine Meinung zu diesem oder jenem kundtut.

Kein Zweifel besteht daran, dass Schmidt willens, fest entschlossen und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch dazu in der Lage ist, die 59 Tage dauernde Amtszeit seines Vorgängers zu toppen. Immerhin acht Jahre war er Parlamentarischer Staatssekretär in dem einer Schlangengrube nicht unähnlichen Bundesverteidigungsministerium, und das unter Lichtgestalten wie Karl-Theodor zu Guttenberg und Franz-Josef Jung. Das spricht neben einem gewissen Beharrungsvermögen für die Fähigkeit zu rechtzeitiger kritischer Distanz. Zudem ist Schmidt offenbar in der Lage, politische Schlingen und sonstige Fallstricke als solche zu erkennen und elegant zu umgehen. Zumindest in diesem Punkt scheint er seinem Parteifreund Friedrich doch einiges vorauszuhaben.

Interessant dürfte werden, welche von den Pflöcken, die Friedrich in nahezu atemberaubender Geschwindigkeit und befördert von der Bühne „Grüne Woche“ eingeschlagen hat, sein Nachfolger stecken lässt und welche er selbst gedenkt hinzuzufügen.
Es war nicht ohne Chuzpe, dass Friedrich für sein Ressort die Bezeichnung des „Wirtschaftsministeriums für den ländlichen Raum“ kreierte. Wahrscheinlich wusste sein damaliger Kabinettskollege und Vizekanzler Gabriel bis dato noch gar nicht, dass sein Einflussbereich an den Stadtmauern endet. Ohnehin hätte man eher erwarten können, Friedrich verstehe sich angesichts eines Anteils von 70 % seines Budgets für die agrarsoziale Sicherung weniger als Wirtschaftsminister, sondern mehr als der Sozialminister

für den ländlichen Raum. Von derlei Feinheiten ließ sich der forsche CSU-Politiker aber offensichtlich ebenso wenig ins Bockshorn jagen, wie von fehlenden Zuständigkeiten, nicht vorhandenen Federführungen oder ausgebliebenen Mittelaufstockungen. Gewählt wurde stattdessen die in jahrelangem Kampf des früheren Innenministers gegen Verfassungs- und sonstige Feinde erprobte Vorwärtsverteidigung: Begriffe prägen, Themen besetzen, Pflöcke einschlagen. Kein Amateur, den das Schicksal in das Landwirtschaftsressort gespült hatte, dachte man.

Auch gegenüber agrar-oppositionellen Gruppen hatte Friedrich neue Töne angeschlagen. Die Kundgebung, der je nach Zählweise 10 000 oder 30 000 Demonstranten, die sich traditionell abseits der Grünen Woche inmitten des Regierungsviertels versammeln und die erneut wenig gute Haare an dem überwiegenden Teil der dort zur Schau gestellten Landwirtschaft und der sie begleitenden Agrarpolitik der Bundesregierung gelassen hatten, diese Kundgebung hatte der Minister kurzerhand als Beitrag zum Weltfrieden und die Demonstration insgesamt als gutes Zeichen gedeutet, „dass sich viele Menschen Gedanken über grundlegende Fragen der Ernährung machen“. Dabei hatte Friedrich offenbar bewusst den ersten tieferen Graben zum Deutschen Bauernverband (DBV) und dessen Spitze in Person seines Präsidenten Joachim Rukwied in Kauf genommen. Der hatte sich wiederholt und sichtlich genervt von gewohnt öffentlichkeitswirksamen Angriffen auf den Berufsstand in den Schmollwinkel verzogen und den nach seiner Einschätzung Übelmeinenden unter den Kritikern die kalte Präsidentenschulter gezeigt. Parole: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

Schmidt hat nun die dankbare Aufgabe, die Fäden aufzunehmen und den Grüne-Woche-Worten seines Vorgängers Taten folgen zu lassen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden, besteht doch mit dem Verlust der Zuständigkeit für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz die geradezu historische Gelegenheit für eine Rückbesinnung des Ressorts auf seine Kernkompetenz als Förderer und Partner des deutschen Bauerntums. Wann hat es das zuletzt gegeben? Glücklicherweise ist das Ministerium auch nicht mit neuen Aufgaben überfrachtet worden. Für den Breitbandausbau ist nicht Schmidt, sondern sein Parteifreund und Minister für digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt zuständig, für die demografische Entwicklung der Innenminister, für die Daseinsvorsorge der Gesundheitsminister, für die Welternährung der Entwicklungsminister. Schmidt wäre auch gut beraten, den im Koalitionsvertrag angekündigten neuen Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge anderen zu überlassen, womöglich gar der Kanzlerin. Immerhin wohnt die dem Vernehmen nach zeitweise in einer Region, die mindestens so ländlich ist wie Oberfranken. Müsste der ländliche Raum nicht unbedingt Chefsache werden?

So bleibt dem neuen Bundeslandwirtschaftsminister aller Voraussicht nach viel Zeit, in den kommenden vier GroKo-Jahren die ganz großen Themen anzupacken, die die Chefagrarier von Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen vorgezeichnet haben. Zu nennen sind u. a. die unglückselige Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte, die die Rentner in den Weiten des Münsterlandes und an den Hängen des Moselgebiets zu Dutzenden auf die Straßen und in die Säle treibt, ferner das bundeseinheitliche Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme, das die Nutztierhaltung in Deutschland ebenso revolutionieren könnte wie die angekündigte Förderung der Sachkunde der Tierhalter. Geradezu eine Herkulesaufgabe kommt auf den neuen Minister mit der „nationalen Tierwohl-Offensive“ zu, gibt es doch dafür weder historisch noch weltweit Vorbilder. Dass man auch noch den unmittelbaren und mittelbaren Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche überregionale Investoren auf den Prüfstand stellen und mit den Ländern erörtern will, nötigt dem Beobachter allerhöchsten Respekt ab. Ob man dem Ministerium da mal nicht zu viel aufbürdet?

Schmidts erste Bewährungsprobe sind die anstehenden Verhandlungen um den Bundeshaushalt. Wegbegleiter preisen Schmidts Verhandlungsgeschick und seine Durchsetzungsstärke. Schau’n mer mal, würde der Kaiser sagen. Dabei hat der Minister bereits deutlich gemacht, welchen großen Stellenwert das Bundeslandwirtschaftsministerium für seine Partei und ein CSU-orientierter Ansatz für seine Politik haben. Je nach Intensität könnte ihm dabei der Schulterschluss mit den mitregierenden Sozialdemokraten und/oder gar den oppositionellen Grünen leichter fallen als mit den norddeutsch orientierten Agrarpolitikern der CDU. Die Diskussion um die Grüne Gentechnik könnte schon mal zeigen, wie er diesen Spagat hinbekommen will. Enthaltung als Ergebnis unterschiedlicher Positionen kann hier wie bei anderen Themen auf Dauer zu wenig sein. Ein paar eigene Akzente müssten es schon sein. Andernfalls könnte es eines Tages heißen: „Stell dir vor, es gab einen Landwirtschaftsminister Schmidt und keiner hat’s gemerkt.“

Rainer Münch

Fotos: DBV

Der am 30. Juli 1948 in Passau geborene Sonnleitner wurde offiziell Anfang März dieses Jahres von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zu einem von weltweit drei Sonderbotschaftern für das Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft ernannt.

Der Landwirtschaftsmeister besitzt einen 100 ha-Veredelungsbetrieb im niederbayerischen Ruhstorf. Von 1997 bis Mitte 2012 stand Sonnleitner an der Spitze des Deutschen Bauernverbands (DBV). Von 1991 bis 2011 war er Präsident des Bayerischen Bauernverbands (BBV). Im April 2011 wurde er für zwei Jahre zum Präsidenten des europäischen Bauernverbandes COPA gewählt. Das Amt hatte er bereits von April 2001 bis April 2003 inne. Den Wechsel von einer weitgehend staatlich gelenkten zu einer marktwirtschaftlich orientierten Agrarpolitik hat Sonnleitner selbst als wesentliches Anliegen seiner langjährigen Funktionärstätigkeit beschrieben.

Landwirtschaft ist anders als die Produktion von Kugelschreibern

Gerd Sonnleitner, UN-Sonderbotschafter für das Internationale Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft, über die Vorzüge bäuerlicher Familienbetriebe, deren Chancen gegenüber neuen Geschäftsmodellen, eine falsche Fokussierung auf kleinbäuerliche Strukturen und die Aufgaben der Politik bei der Flankierung des Strukturwandels

Warum braucht man ein Internationales Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft?

Sonnleitner: Das Jahr ist eine einmalige Gelegenheit, in Politik wie in der Gesellschaft Aufmerksamkeit zu schaffen für die Menschen, für die Berufsgruppe, die unter zum Teil schwierigen Bedingungen unsere tägliche Nahrung in bester Qualität produzieren. Ebenso können wir die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, kommunizieren. Über 95 % der Landwirte weltweit sind bäuerliche Familienbetriebe.

Was ist die Aufgabe des Sonderbotschafters?

Sonnleitner: Ich möchte für mehr Verständnis für die vielfältigen Belange der Landwirtschaft werben. In den Industrieländern, auch in Deutschland, gibt es Nahrungsmittel im Überfluss. Die Milch kommt aus dem Kühlschrank und das Frühstücksbrot aus dem Toaster. Die Beziehung zu unserer täglichen Nahrung ist verloren gegangen. In den Entwicklungsländern herrschen dagegen vielfach Mangelernährung oder gar Hunger vor. Ein wesentlicher Grund dafür ist die mangelnde Wertschätzung von Bäuerinnen und Bauern in Politik und Gesellschaft. Hier wie dort gibt es viele kluge Ratschläge, wie Landwirtschaft zu betreiben und die Welternährung zu verbessern ist. Ich möchte dazu beitragen, uns als Landwirte authentisch mit unseren Sachzwängen in den Dialog einzubringen.

Welche Höhepunkte wird es in diesem Jahr aus Ihrer Sicht geben?

Sonnleitner: Es gibt eine Fülle von Veranstaltungen, die sich vertieft mit dem Thema familienbäuerliche Landwirtschaft sowie deren Erwartungen und Erfordernissen befassen. Ich hatte zunächst nicht geglaubt, dass sich so eine Dynamik daraus entwickeln könnte. In den ersten Wochen des Jahres bin ich dazu schon zu Veranstaltungen in Berlin, Brüssel, Thailand, Budapest und Tansania eingeladen worden. Weitere sind in Planung. Den Abschluss wird ein Event gegen Ende des Jahres bei der FAO in Rom bilden. Der Deutsche Bauernverband wird den diesjährigen Tag des offenen Hofes im Juni in ganz Deutschland unter das Motto einer leistungsfähigen familienbäuerlichen Landwirtschaft stellen.

Was erwarten Sie von der Bundesregierung als Beitrag zum Jahr der Familienlandwirtschaft?

Sonnleitner: Die Bundesregierung hat sich klar zu einer nachhaltigen Intensivierung der bäuerlichen Landwirtschaft bekannt. Sie hat auch erklärt, der Landwirtschaft, den bäuerlichen Familien, in der Entwicklungspolitik größere Beachtung zu schenken. Das begrüße ich und erwarte, dass das in entsprechende Politik umgesetzt wird. Als Deutscher Bauernverband planen wir mit der Bundesregierung für dieses Jahr auch eine gemeinsame thematische Veranstaltung zu den Anforderungen an die Landwirtschaft.

Was erwarten Sie im Ergebnis dieses Jahres insgesamt außer vielen schönen Worten und schlauen Papieren?

Sonnleitner: Schlaue Papiere und kluge Worte gibt es in der Tat genug. Was oft fehlt, ist ein realistischer Blick auf die Bedingungen und Umstände in der Landwirtschaft. Erwartungen und Realitäten klaffen auseinander. Landwirtschaft und Gesellschaft haben sich in der entwickelten Welt voneinander entfernt. Wir wollen dazu beitragen, diese Lücke durch Offenheit und Kommunikation zu schließen. In der Entwicklungspolitik erwarte ich einen neuen Ruck zur Stärkung der Landwirtschaft. Denn nur Bäuerinnen und Bauern, die säen und ernten, Tiere aufziehen und schlachten, können die Welt gut und hinreichend ernähren.

Familienbetriebe haben sehr unterschiedliche Ausprägungen. Das gilt in Deutschland und Europa, aber noch viel mehr weltweit. Was sind ihre wesentlichen Charakteristika?

Sonnleitner: Das sind die Verbindungen von Verantwortung und Flexibilität sowie von Erfolg und Risiko alleine in Händen der bäuerlichen Familien. Diese Paarungen gelten unabhängig von der Betriebsgröße. Gerade sie machen standortunabhängig die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft aus.

Wie bewerten Sie die Zukunft der Familienlandwirtschaft?

Sonnleitner: Das System einer familienbäuerlichen Landwirtschaft hat bereits eine lange Tradition. Es hat sich als hinreichend stabil und als das anpassungsfähigste im Hinblick auf sich ändernde Bedingungen erwiesen. Mein Betrieb z. B. ist seit dem 15. Jahrhundert von Generation zu Generation übergeben worden.

Familienbetriebe gelten weltweit als Erfolgsmodell. Teilen Sie diese Einschätzung?

Sonnleitner: Diese Einschätzung teile ich. Eine familienbäuerliche Landwirtschaft stößt m. E. auch gesellschaftlich auf eine breite Akzeptanz. Schauen wir die Situation in Deutschland an: Die veröffentlichte Meinung zeichnet aktuell ein teilweise negatives Bild unserer Landwirtschaft. Hier wird schon wieder nach einer Wende gerufen. In der öffentlichen Meinung genießt der Beruf Landwirt hingegen eine große Anerkennung und Wertschätzung, wie jüngste Umfragen bestätigen. Es kann mithin nicht so schlecht sein, was wir machen. Voraussetzung zur Verstetigung des Modells familienbäuerliche Landwirtschaft sind verlässliche politische Rahmenbedingungen. Dies gilt nicht zuletzt für die Ertüchtigung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern.

Neue Geschäftsmodelle entstehen in der Landwirtschaft, die über die bisherigen Betriebsformen hinausgehen. Greift die Definition des Familienbetriebes nicht zu kurz?

Sonnleitner: Schon in der Vergangenheit ist mit neuen Geschäftsmodellen und verschiedenen Betriebssystemen viel experimentiert worden. Die zweifelhaften Ergebnisse lassen sich besichtigen. Keine andere Betriebsform als die bäuerliche Landwirtschaft mit den genannten Charakteristika ist so flexibel und anpassungsfähig und insofern die vorherrschende Form der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft gelten andere Gesetzmäßigkeiten als bei der Produktion von Kugelschreibern.

In einigen Regionen, etwa in Osteuropa und Lateinamerika, nimmt die Bedeutung von sog. „Megafarmen“, die einige zehntausend Hektar bewirtschaften und/oder in großem Maßstab Tierhaltung betreiben, zu. Sehen Sie darin eine Bedrohung für die Familienlandwirtschaft?

Sonnleitner: Selbst in den genannten Regionen ist eine von bäuerlichen Familien geführte Landwirtschaft vorherrschend. In Russland, wo einst die Kolchosen dominierend waren, etabliert sich zunehmend eine mittelständische bäuerliche Landwirtschaft. Das ist auch eine Standortfrage sowie eine Frage der Verfügbarkeit von Ressourcen. Letztlich ist es aber auch eine politische Frage.

Familienlandwirtschaft wird vielfach gleichgesetzt mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Zu recht?

Sonnleitner: Ich definiere familienbäuerliche Landwirtschaft nicht als kleinbäuerlich. In vielen

Ländern erleben wir einen rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft. Dennoch bleiben die Betriebe in bäuerlicher Hand. Die Struktur ist auch abhängig vom Standort, von der Produktionsausrichtung sowie von der Intensität der Bewirtschaftung.

In der Diskussion um die Ernährungssicherheit wird eine Stärkung von kleinbäuerlichen Strukturen gefordert. Teilen Sie diese Auffassung?

Sonnleitner: Nein, diese Auffassung teile ich definitiv nicht. Kann es denn sinnvoll sein, in einen zwei, drei oder vier Hektar großen Betrieb zu investieren? Wer soll das tun? Den Fokus auf den Schutz kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu richten, ist nicht die Lösung. Das bedeutet eine Zementierung der Armut und der Subsistenzwirtschaft. Kleinbauern müssen vielmehr ertüchtigt werden, sich zu produktiven Einheiten zu entwickeln.

Was muss getan werden, um Kleinbauern zu stärken?

Sonnleitner: Dazu sind mehrere aufeinander abgestimmte politische wie wirtschaftliche Maßnahmen zwingend. Zuvorderst sind es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Ganz am Anfang muss dabei eine fundierte landwirtschaftliche Ausbildung stehen. Die Verfügbarkeit über Boden, in Form von Eigentum oder langfristigen Verträgen, sowie der Zugang zu Krediten sind weitere unerlässliche Schlüsselgrößen. Schließlich sind politisch wie wirtschaftlich unabhängige bäuerliche Selbsthilfeorganisationen Bausteine in der Ertüchtigung von Kleinbetrieben.

Welche Bedeutung haben Familienbetriebe für die Entwicklung ländlicher Räume?

Sonnleitner: Familienbäuerliche Landwirtschaft ist der Ausgangspunkt für wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen im weitesten Sinne. Dafür gibt es viele gute Beispiele. Gerade in Entwicklungsländern kann eine Stärkung der Landwirtschaft bessere Perspektiven in der Region bieten und einer Landflucht vorbeugen.

Ist Politik gefordert, Familienbetriebe zu schützen? Was sind ihre wichtigsten Aufgaben?

Sonnleitner: Ich möchte nicht so weit gehen und einen ausgesprochenen Schutz fordern. Dazu müsste zunächst genau definiert werden, was man schützen will und dafür sind die Voraussetzungen und Bedingungen zu verschieden. Politik kann aber sehr wohl über die Bodenpolitik und auch über die Steuerpolitik gewisse Korsettstangen einziehen, um einer unerwünschten Konzentration vorzubeugen.

Ausgelöst durch den Einstieg von nicht-landwirtschaftlichen Investoren und der Herausbildung sehr großer Strukturen gibt es in Deutschland eine neue Leitbilddiskussion in der Landwirtschaft. Sollte die Politik den Familienbetrieb wieder stärker in den Mittelpunkt stellen?

Sonnleitner: Die freie Verfügung über den Boden als Eigentum ist ein hohes Gut in unserem demokratischen Rechtssystem. Das möchte ich in keiner Weise in Frage stellen oder durch Reglementierungen ausgehöhlt sehen. Dass wir punktuell ein Interesse von außerlandwirtschaftlichen Investoren an landwirtschaftlichen Nutzflächen verzeichnen, hat verschiedene Gründe. Zum einen suchen Investoren wegen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nach alternativen Anlageformen. Zum anderen spielt aber auch die deutsche Energiepolitik eine treibende Rolle. Beide Politikbereiche müssen wieder ins Lot gebracht werden.

In der deutschen Öffentlichkeit stoßen bestimmte Betriebsformen und -größen zunehmend auf Ablehnung. Wie sollte der Berufsstand damit umgehen?

Sonnleitner: Die Frage nach den Betriebsstrukturen ist keineswegs neu. Schon vor 30 Jahren wurde z. B. in Deutschland über Obergrenzen, sei es für die Fläche oder die Anzahl Tiere, diskutiert. Ich halte das nicht für zielführend. Die landwirtschaftliche Struktur ergibt sich in jedem Land aus den politischen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dort, wo die Bedingungen es nicht erlauben, von 30, 40 oder gar 50 ha ein hinreichendes Familieneinkommen zu erwirtschaften, muss man sich anpassen oder ausscheiden. Im Zuge der internationalen Marktverflechtung sehe ich nicht, dass der Strukturwandel unterbunden werden kann. Künftige Betriebsstrukturen ergeben sich mehr denn je vorrangig aus der Wettbewerbsfähigkeit. Das ist im Übrigen in allen anderen Wirtschaftsbranchen auch so. ■ Rainer Münch

Wolfgang Ehrenlechner, Jahrgang 1981, gelernter Bankkaufmann, war von 2002-2006 ehrenamtlicher KLJB-Diözesanvorsitzender in München und ist seit 2007 hauptamtlicher KLJB-Bundesvorsitzender.

Foto: KLJB Bundesstelle

Erneuerbare Energien einzige Alternative

Interview mit Wolfgang Ehrenlechner, Bundesvorsitzender der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), zu den Chancen der Energiewende, Hindernissen bei der Umsetzung und den Plänen der Bundesregierung

Warum haben Sie als KLJB das Thema erneuerbare Energien aufgegriffen?

Ehrenlechner: Als katholischer Jugendverband fühlen wir uns der Schöpfung verpflichtet und setzen uns für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt für heutige und künftige Generationen ein. Erneuerbare Energien sind die einzige Alternative zu Atomstrom und Kohlekraft. Die bei der Kernspaltung freiwerdende Radioaktivität stellt – für die nächsten Jahrtausende – ein unkalkulierbares Risiko dar, das untragbar ist. Die Gewinnung von Energie aus Kohle und Erdöl ist immer mit dem Ausstoß von klimawirksamen Treibhausgasen verbunden. Nur durch eine deutliche Reduktion dieser Treibhausgase kann der globale Temperaturanstieg auf maximal 2°C begrenzt und dadurch die Folgen des weltweiten Klimawandels eingeschränkt werden.

2050 hat Deutschland die Energiewende geschafft. Was hat sich dabei für die ländlichen Räume verändert? Welche Chancen bringt die Energiewende dem Land?

Ehrenlechner: In unserer Vision sind ländliche Räume im Jahr 2050 die Grundlage der deutschen Energieversorgung. Nahezu alle kleinen Dörfer und Gemeinden versorgen sich selbst und die Region mit Strom und Wärme. Windkraft- sowie Fotovoltaikanlagen prägen das Landschaftsbild, aber auch Biogasanlagen, die organische Abfälle als Kraftstoff nutzen, stellen die Energieversorgung sicher. Lokale Handwerksbetriebe installieren, warten und reparieren die Anlagen. Die Landwirt/-innen profitieren von den Anlagen auf ihren Grundstücken, die Bürgerinnen und Bürger können sich an Energiegenossenschaften beteiligen.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Welche jetzigen und künftigen Belastungen für den ländlichen Raum gilt es zu vermeiden?

Ehrenlechner: Derzeit wird eine der größten Herausforderungen häufig in der Öffentlichkeit diskutiert: der Netzausbau. Es gilt, diesen auf ein Minimum zu beschränken und bestehende Strukturen zu nutzen. Vor allem gilt es, Energie dort verfügbar zu machen, wo sie benötigt wird.

Stichwort Stadt-Land-Beziehungen: Wie können sich ländliche Kommunen und Städte bei der Energiewende gegenseitig ergänzen? Wo liegen jeweils die Stärken?

Ehrenlechner: Künftig werden die umliegenden ländlichen Regionen Städte mit Energie v. a. in Form von Strom, aber auch mit Wärme und Biogas, versorgen. Außerdem müssen die Stadt-

Land-Beziehungen durch einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs verbessert werden, wodurch der Energiebedarf verringert werden kann.

Wo sehen Sie die derzeit größten Hindernisse für eine zügige Umstellung des Energiesystems?

Ehrenlechner: Derzeit stellt die Politik die größte Hürde für die Energiewende dar. Die Planungen zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) führen dazu, dass vor allem große Konzerne profitieren werden. Ein großes Problem ist auch, dass die Energiewende von Politik und Medien häufig nur unter dem Aspekt steigender Strompreise betrachtet wird. Dabei sind die Strompreise im Vergleich zu Heizkosten und den Preisen für PKW-Kraftstoffe in den letzten Jahren vergleichsweise wenig gestiegen. Und weil mehr als 2 000 energieintensive Unternehmen durch Sonderregelungen teilweise von der EEG-Umlage befreit sind, werden die Kosten der Energiewende ungleichmäßig verteilt.

Wie kann die Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energien in Deutschland gelingen, ohne im Konflikt Tank oder Teller steckenzubleiben bzw. die Flächen anderer Staaten für unseren Energiebedarf zu beanspruchen?

Ehrenlechner: Durch Effizienz und Suffizienz. Durch technische Fortschritte können Geräte, die z. B. mit Strom betrieben werden, bei geringerem Energieeinsatz die gleiche Leistung erbringen. Durch Suffizienz sind aber noch größere Einsparungen zu erzielen. Dafür sind ein Umdenken in der Bevölkerung und der Verzicht auf Technik notwendig.

Die KLJB fordert, dass Strom für alle bezahlbar bleiben muss. Aber ist Strom überhaupt schon teuer genug, um Rebound-Effekte zu verhindern? Wie lassen sich solche Rebound-Effekte vermeiden?

Ehrenlechner: Es gibt tatsächlich zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass jemand, der auf effizientere Technik umsteigt, das neue Gerät dann häufiger nutzt. Aber es kann auch anders aussehen: So ist der Stromverbrauch von Verbraucher/-innen, die Ökostrom beziehen, im Durchschnitt deutlich geringer als der Stromverbrauch derjenigen, die konventionellen Strom nutzen. Deshalb ist Aufklärungsarbeit wichtig – und ein Umdenken weg vom Massenkonsum. Diejenigen, denen bewusst ist, dass Energie und andere Ressourcen begrenzt sind, gehen auch sorgsamer damit um.

Sind es die erneuerbaren Energien, die den Strom teuer machen?

Ehrenlechner: Nein, Strom aus Onshore-Windkraftanlagen ist heute z. T. preiswerter als aus Steinkohle- und Gaskraftwerken. Die Subventionen, die im Laufe der Jahrzehnte in Atomkraft und Kohlestrom geflossen sind, machen diese scheinbar günstig. Hinzu kommt, dass durch das sog. Fracking das weltweite Angebot an Erdgas zugenommen hat und dies die Preise drückt. Fracking ist aber ökologisch fragwürdig und stellt deshalb keine Alternative zu erneuerbaren Energien dar.

Glauben Sie, dass die neue Bundesregierung die Energiewende voranbringen wird? Bei welchen Aspekten erwarten Sie von ihr mehr Engagement?

Ehrenlechner: Ein Aspekt des Koalitionsvertrags, der für uns sehr vielversprechend ist, ist das TopRunner-Modell, das z. B. bereits in Japan genutzt wird. Dabei gilt das effizienteste Gerät seiner Klasse als Maßstab dieser Geräteklasse. Der Rest des Koalitionsvertrages und auch die bisherigen Pläne zur Reform des EEG bieten wenig Grund zur Hoffnung. Sog. Ausbaukorridore bremsen die Energiewende, die Ausbauziele sind ambitionslos. Kohlekraftwerke gelten als vorerst unverzichtbar für die große Koalition, dabei ist ein Kohleausstiegsgesetz dringend notwendig, um Klimaschutz und Energiewende erfolgreich zu gestalten.

Eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien ist möglich, doch es bedarf der Zusammenarbeit von Politik, Industrie und Bürger/-innen, damit dieses Ziel in absehbarer Zukunft Wirklichkeit wird. Kleingeistige, persönliche Interessen müssen in den Hintergrund rücken. Das gemeinschaftliche Ziel einer zukunftsfähigen, klimaneutralen Energieversorgung muss Grundlage der Entscheidungen sein.
ASG

Green clean environment © solelic1 - Fotolia.com

Traditionelles Rollenbild verstärkend: Männer im „Männerberuf“

Traditionelles Rollenbild bestätigend: Sie ist im Verkauf – er in der Backstube.

Mädchenbilder in Männerdomänen

Im Januar 2014 wurde die vom Deutschen LandFrauenverband (dlv) in Auftrag gegebene Studie „Mädchenbilder – Handwerksrollen: Images und geschlechtergerechte Ansprache in ländlichen Räumen (MÄHR)“ abgeschlossen. Zentral war in diesem Projekt die Frage, ob Mädchen überhaupt angesprochen werden, wenn es um Ausbildungsberufe aus dem Bereich Handwerk oder Landwirtschaft geht. Infolgedessen wurde untersucht, ob Handwerks- und Agrarberufe in den Medien zeitgemäß und ohne traditionelle Geschlechterzuschreibungen dargestellt werden.

Alle jungen Menschen müssen sich irgendwann mit der Frage auseinandersetzen, welchen Berufsweg sie einschlagen möchten. Die Entscheidung für einen bestimmten Beruf ist oft von medialen Darstellungen geprägt, die das Denken und Fühlen unbewusst beeinflussen. Dabei spielt besonders die Geschlechterinszenierung in den Medien eine große Rolle. Auch heute noch wählen Frauen oft „frauentypische“ Berufe, also Berufe, bei denen der Frauenanteil der Neuabschlüsse bei mindestens 70 % liegt. Diese Berufe werden oft schlechter als typische Männerberufe bezahlt und bieten überwiegend geringere Aufstiegschancen.

Jeder Beruf verkörpert ein bestimmtes Image, ein Berufsbild. In diesem Bild werden vor allem jungen Menschen, die auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz sind, Charakteristika und Anforderungen des Berufs subtil mitgeteilt. Mögliche Wege, über die diese Berufsbilder transportiert werden, sind z. B. Berufsorientierungsbroschüren, Internetauftritte von Verbänden, Kammern und Ausbildungsbetrieben, die Berichterstattung über verschiedene Berufe in den Printmedien und gezielte Informationen zur Nachwuchsgewinnung und -förderung. Um die Frage zu beantworten, ob Mädchen überhaupt für bestimmte Ausbildungsberufe angeworben werden, hat das Berliner Forschungs- und Beratungsinstitut SowiTra, von dem die Studie im Auftrag des dlv durchgeführt wurde, einige dieser genannten Medien analysiert. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob die Medien tradierte Rollenbilder übernehmen, geschlechterneutral berichten oder es sogar schaffen, gezielt entgegengesetzt der typischen Rollenstereotype zu berichten und somit Mädchen explizit für landwirtschaftliche oder handwerkliche, also typisch männliche Ausbildungsberufe zu begeistern.

Konkret wurden dazu neben Textanalysen auch Bildanalysen und -interpretationen durchgeführt, bei denen untersucht wurde, wie Männer und Frauen dargestellt werden. Es wurde darauf geachtet, ob überhaupt Frauen in männertypischen Berufen dargestellt werden, welche Posen sie einnehmen, welche Körpersprache sie haben und welche Kompetenzen, Fähigkeiten und Interessen ihnen zuge-

Traditionelles Rollenbild verringernd: Das Geschlecht spielt keine Rolle: Frau und Mann auf Augenhöhe.

Traditionelles Rollenbild umkehrend: Frauen im „Männerberuf“: selbstbewusst und selbstverständlich

schrieben werden können. Im Grunde geht es dabei um die Frage, ob die Bilder gendersensibel sind, also ob Mädchen und Jungen gleichermaßen angesprochen werden und der dargestellte Beruf für beide Geschlechter attraktiv gestaltet wird.

Vier Geschlechterstereotypen festgestellt

Im Laufe der Bilderanalyse konnten vier verschiedene Kategorien bezüglich ihrer Wirkung auf das Geschlechterrollenbild herausgearbeitet werden:

1) verstärkend
2) bestätigend
3) verringernd
4) umkehrend

Bilder, die das tradierte Geschlechterbild verstärken, sind am wenigsten gendersensibel. Oft werden auf diesen Bildern nur Männer in männertypischen Berufen bzw. nur Frauen in frauentypischen Berufen dargestellt. Die Geschlechter werden dabei mit typischen Attributen versehen. So werden die Männer meist aktiv, souverän und technisch versiert dargestellt und die Frauen attraktiv, passiv und sozial kompetent. Die Kategorie „bestätigend“ weist ebenfalls Bilder auf, die das traditionelle Rollenbild untermauern. Zwar werden dabei Männer und Frauen gemeinsam am gleichen Arbeitsplatz dargestellt, allerdings geht jedes Geschlecht unterschiedlichen und geschlechtertypischen Tätigkeiten nach. Als „verringernd“ werden Fotos bezeichnet, die berufliche Aktivitäten so abbilden, dass beide Geschlechter gleichermaßen angesprochen werden und die dadurch beginnen, mit Stereotypen zu brechen. In der letzten, umkehrenden Kategorie wird das tradierte Geschlechterbild hinterfragt, irritiert und umgekehrt. Rollenklischees und Stereotypen werden bewusst aufgebrochen. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer. Für Frauen bedeutet dies, dass nicht ihre Attraktivität im Vordergrund steht, sondern ihre praktischen Fähigkeiten – ohne dass sie dabei vermännlicht werden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass nicht nur in den Bildern und Fotos, sondern auch in der Sprache überwiegend alte Geschlechterstereotype weitergetragen werden. In den Medien, die landwirtschaftliche Berufe betreffen, wird zu über 70 % das tradierte Geschlechterbild verstärkt oder bestätigt, und in Bezug auf handwerkliche Berufe sogar zu über 80 %. Weitere Unterschiede ergeben sich zwischen regionalen und überregionalen Medien: Die Gendersensibilität in der Berichterstattung steigt von regionalen über überregionale hin zu bundesweiten Medien ein wenig an. Dies kann auf bundesweites Berufsinformationsmaterial von Behörden zurückgeführt werden, da diese zur Förderung von Chancengleichheit verpflichtet sind und deshalb gendersensibel berichten.

Ziel dieser Studie ist es, Möglichkeiten aufzuzeigen wie Material zur Berufsorientierung möglichst gendersensibel gestaltet werden kann. Denn wenn auch Mädchen für handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufe begeistert werden sollen, muss mit alten Rollenbildern gebrochen werden.

Ausbildung zur Equal-Pay-Beraterin im ländlichen Raum

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) hat das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Pilotprojekt „Qualifizierung von Equal-Pay-Beraterinnen“ ins Leben gerufen.

Im Rahmen dieses Projektes werden kostenlos Frauen zu Equal-Pay-Beraterinnen, also Fachfrauen für gleichwertige Bezahlung, ausgebildet. Sie sollen Frauen und Männer aus dem ländlichen Raum darüber informieren, welche Auswirkungen bspw. die Berufswahl, die Höhe des Einkommens, die Unterschiede in der Entlohnung von Mann und Frau sowie die Aufteilung der Erwerbstätigkeit innerhalb einer Partnerschaft auf viele Bereiche des Lebens haben können.

Das Projekt hat zum Ziel, Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im ländlichen Raum zu einem zentralen Thema in der Berufs- und Lebensplanung werden zu lassen. Damit soll ein Beitrag zur Gleichstellung und dem Abbau von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern geleistet werden, denn die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen beträgt in ländlichen Regionen bis zu 33 %.

Frauen, die Interesse an einer kostenlosen Qualifizierung zur Equal-Pay-Beraterin haben, können sich noch bis zum 4. April 2014 bewerben. In sechs Seminareinheiten à zwei Tagen wird u. a. Fachwissen über Ursachen und Hintergründe von ungleichem Einkommen vermittelt. Außerdem bietet sich die Möglichkeit, Gesprächs- und Präsentationstechniken zu erlernen, didaktische Fähigkeiten zu verbessern und innovative Trainingswerkzeuge kennenzulernen. Die Bewerbungsunterlagen können über die Website des dlv angefordert werden.

Weitere Infos und Anmeldung bei:

Karin Wieckhorst, Projektleiterin
Deutscher LandFrauenverband e.V., Berlin

Tel: (030) 28 44 929 13
wieckhorst@landfrauen.info
www.landfrauen.info

Herausforderung Leerstand:

Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre

Lukas M. Egyptien

Soziodemografische Veränderungen beeinflussen auch die Raumentwicklung und die Immobilienbranche – zahlreiche Gewerbe- und Wohnflächen stehen leer, Anforderungen wandeln sich. Einfamilienhausgebiete[1] in Zentrumsnähe rücken in den Fokus.

Die Ausprägung und Art des Leerstands ist in der Bundesrepublik inter- und intraregional unterschiedlich. Es ist nicht nur der ländliche Raum betroffen, auch Kommunen in Agglomerationsräumen oder Stadtteile großer Städte selbst verzeichnen zunehmend Leerstände in den verschiedensten Immobiliensegmenten.

Lukas M. Egyptien

Studiengang Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung M.A., HAWK Göttingen, Fakultät Ressourcenmanagement

Lmegyptien@gmx.de

Bröckelnder Traum

Ein besonderes Augenmerk muss auf die in den 1950er bis 1970er Jahren entstandenen Einfamilienhausgebiete im Grünen gelegt werden. Diese galten lange Zeit als Garanten einer „selbstständigen“ Stadtentwicklung und dominieren noch heute große Flächen vieler Stadtlandschaften. Die Nachfrager, in der Regel junge Paare in der Familiengründungsphase, träumten von Ruhe im Grünen und finanzieller Absicherung. Das eigene Heim mit Garten, meist mühsam erspart, war Teil der Selbstverwirklichung und Individualisierung. Die Gebiete trugen zudem wesentlich zur qualitativen Verbesserung der Wohnsituation bei. Insbesondere in Westdeutschland sprechen die Zahlen für sich: Hier ist jedes dritte Wohngebäude ein zwischen 1949 und 1978 erbautes Einfamilienhaus.

[1] Unter Einfamilienhäusern werden im Folgenden Gebäude mit maximal zwei Wohneinheiten (Zweifamilienhaus) verstanden. Die verbreitetsten Typen sind freistehende Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Doppelhaushälften.

Doch der Schein der Vorstadtidylle trügt. Die soziodemografischen Entwicklungen führen vielerorts schon zu deutlichen Veränderungen. Die Kinder sind längst ausgezogen, die Eltern blieben zurück. In vielen Gebieten hat der Generationswechsel bereits eingesetzt oder steht kurz bevor, in einigen bleibt er aus. Es kommt zu Leerständen. Neben den äußeren tritt der „innere“ Leerstand – in zahlreichen Häusern lebt nur eine zumeist ältere Person, die mit Haus und Grundstück schnell überfordert sein kann. Mangelnde Infrastruktur und Daseinsvorsorge machen den möglichst langen sowie gewünschten Verbleib im eigenen Heim oft unmöglich und schmälern zudem den Immobilienwert. Wenn dann nur schwer ein Käufer gefunden wird, sind Altersvorsorge und gegebenenfalls Pflege in Gefahr. Auch für Erben ist der Verkauf oft die einzige Option und eine Herausforderung.

Vielzahl von Gründen

Die Problematik ist sehr vielschichtig, zumal zwischen strukturell und qualitativ bedingtem Leerstand unterschieden werden muss. Ersterer meint die durch den demografischen Wandel veränderten Nachfragepotenziale selbst. Der Bevölkerungsschwund manifestiert sich vor allem an der zurückgehenden Zahl der Hauptnachfragegruppe nach Einfamilienhäusern: junge Familien. Eine große Rolle spielen zudem vielfältigere Lebensmodelle sowie veränderte Haushaltsstrukturen. Oft sind es qualitative Mängel, die gegen ein Haus in älteren Einfamilienhausgebieten sprechen: Energetische Aspekte, der Grundriss und Investitionsstaus lassen sich nicht mit den heutigen Anforderungen an eine Immobilie vereinbaren. Fehlende Barrierefreiheit stellt insbesondere für Personen mit körperlichen Einschränkungen eine Herausforderung dar. Des Weiteren sind die Hausgröße und das Wohnumfeld sowie die Entfernung zum Stadtzentrum entscheidend. So wollen und können immer weniger Familien lange Fahrtzeiten sowie hohe Mobilitätskosten in Kauf nehmen. Lücken in der Infrastruktur tun ihr Übriges.

Experten sprechen seit einiger Zeit von einer „Renaissance der Städte“ – viele Menschen wollen zurück in die Stadtzentren oder dort bleiben, der Wegzugsdrang hat nachgelassen. Dies gilt zunehmend auch für ältere Personen, die vom kulturellen und gesellschaftlichen Angebot profitieren möchten, das von außerhalb oft schwer zu erreichen ist. Die Stadt hat als Wohnraum erheblich an Attraktivität zurückgewonnen, in einigen Städten herrscht auch deshalb eklatanter Wohnungsmangel.

Und die Lösungen?

Kommunen und Eigentümer müssen zusammen einen nachhaltigen Umgang mit den vielerorts nicht mehr bedarfsgerechten und marktfähigen Immobilien finden, die von der kommunalen Stadtentwicklungspolitik jahrzehntelang nur stiefmütterlich behandelt wurden. Trotz einiger durchgeführter Studien und Tagungen ist der Forschungsbedarf noch immer hoch. Exemplarisch sollen hier ein Forschungsprojekt der Wüstenrot Stiftung und ein Modellprojekt der Bayerischen Staatsministerien vorgestellt werden.

Foto: I. Fahning

Im Zuge des Projekts „Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren – Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung“ der Wüstenrot Stiftung[2] wurden bis 2012 in verschiedenen Regionen fünf westdeutscher Bundesländer Entwicklungen, Perspektiven und kommunale Handlungsoptionen für die häufig „vergessenen Stadtteile“ umfassend untersucht.[3] Dabei wurden auch Bewohner befragt (s. Kasten). Herausforderungen bestehen vor allem darin, den Bedürfnissen der alternden Hauseigentümer, der Familien sowie neuer Nutzergruppen gleichzeitig gerecht zu werden. Positiv bewertete Spezifika der Einfamilienhausgebiete, beispielsweise die lockere Gebietsstruktur oder die oftmals nahen Erholungsflächen, sollten erhalten werden. Faktoren, die zu einer abnehmenden Attraktivität führen, müssen wahrgenommen und dringend nachgebessert werden. Veränderungen sind u. a. im Öffentlichen Personennahverkehr, im Bereich der Freizeitaktivitäten und der Barrierereduzierung im öffentlichen Raum notwendig. Darüber hinaus wird Kommunen nahegelegt, eigene Befragungen zu realisieren und auf deren Ergebnissen basierend spezifische, passgenaue Strategien zu entwickeln.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch in Bayern signifikant und langfristig zu reduzieren. Zahlreiche Projekte wurden dazu ins Leben gerufen.[4] Ein besonderer Fokus liegt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch auf der Revitalisierung von Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre. Ressortübergreifend wird mit drei Modellkommunen an einer bedarfsorientierten individuellen Quartiersplanung sowie umsetzungsorientierten Ansätzen und Konzepten gearbeitet. Aufbereitete Ergebnisse sind Ende 2014 zu erwarten.

Leerstände erfordern eine nüchterne Bestandsanalyse und das Zusammenwirken verschiedener regionaler Akteure – auch Stadt-Umland-Beziehungen gilt es zu überdenken. Dabei gibt es keine Universallösungen, Kommunen müssen spezifisch begleitet und beraten werden. Alle Bemühungen, die Attraktivität von Einfamilienhausgebieten zu erhalten, nützen jedoch wenig, wenn gleichzeitig „auf der grünen Wiese“ Neubauten entstehen. Diese sind mit hohen kommunalen Ausgaben verbunden, zudem sind Funktionsprobleme in bestehenden Gebieten, z. B. zu geringe Durchflussmengen in der Kanalisation, zu erwarten – Kommunen und Nachfrager müssen also umdenken. Klare Ausweisungsstopps sind eine Option.

Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts der Wüstenrot Stiftung

45 % der im Zuge des Forschungsprojekts der Wüstenrot Stiftung Befragten gehören noch der Erbauer- bzw. Erstbewohnergeneration an. Von diesen sind inzwischen knapp 89 % über 65 Jahre alt, davon ca. 20 % über 79 Jahre. 55 % der Immobilien haben durch Verkauf oder Vererbung bereits den Besitzer gewechselt. Die Zweitbewohner (hierzu gehören insgesamt Erben, Dritt- und Viertbewohner) sind zu 75 % im erwerbstätigen Alter von 30 bis 64 Jahren.

Einfamilienhausbewohner zeigen sich recht wohnorttreu – 85 % der Erst- und 77 % der Zweitbewohner gaben an, vermutlich nicht umziehen zu wollen. Diejenigen, die einen Umzug beabsichtigen, nannten als Gründe u. a. mangelnde Barrierefreiheit (62 %) und eine als zu groß empfundene Wohnung (48 %).

80 % der Befragten befürchten, die eigenen Preisvorstellungen bei einem Verkauf des Hauses nicht realisieren zu können. 43 % haben Zweifel, überhaupt einen Käufer zu finden. Letztere Sorge spielt insbesondere bei Befragten aus peripheren Kommunen eine Rolle: 67 % im Vergleich zu 25 % in zentral gelegenen Kommunen.

Für Zweitbewohner hatten beim Erwerb des Einfamilienhauses Lagekriterien – die Wohngegend und die Nähe zum Stadtzentrum – höchste Priorität. Des Weiteren war die passende Größe des Hauses wichtig. Fast alle Zweitbewohner (99 %) haben bereits Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Vorsorge

Die Ausführungen haben gezeigt, dass viele Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre vor großen Umbrüchen stehen. Kommunen und Eigentümer müssen gleichermaßen darauf reagieren und nachhaltige Maßnahmen treffen. Zeitgleich muss aber auch auf die nächste Generation der Neubaugebiete geschaut und frühzeitig geplant werden. Ihnen droht das gleiche Schicksal, der Trend zum eigenen „Häusle“ im Grünen ist in vielen Regionen vorbei. ■

[2] Die Untersuchung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik Stuttgart, dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Dortmund) und dem Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart.

[3] Ein weiteres Forschungsprojekt der Wüstenrot Stiftung untersuchte Perspektiven und Handlungsoptionen für Wohnquartiere der 1950er bis 1970er Jahre. Der Abschlussbericht erschien 2013 und kann über die Stiftung bezogen werden.

[4] Eine gute Übersicht bietet die Homepage www.flaechensparen.bayern.de

engagiert! MITGESTALTEN

Die Internetseite der Fachstelle Engagementförderung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) bietet Ehren- und Hauptamtlichen sowie Interessierten eine gute Unterstützung für die Praxis.

Viele Menschen möchten sich engagieren und suchen eine geeignete Wirkungsstätte. Andere sind bereits aktiv und wünschen mehr Beratung. Das Ehrenamt erfährt als ein Stützpfeiler unserer Gesellschaft immer größere Bedeutung. Umso mehr gilt es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Ehrenamtliche wertzuschätzen.

Freiwilliges Engagement ist auch für eine lebendige Kirche unabdingbar. In der EKKW gibt es daher die Fachstelle Engagementförderung, die mit Experten und Expertinnen verschiedener Referate und der Diakonie Hessen gut vernetzt ist und sich als Servicestelle versteht. Unter dem Motto „engagiert! mitgestalten“ berät sie Freiwilligenkoordinatoren sowie Hauptamtliche in der Arbeit mit Ehrenamtlichen, organisiert Fortbildungen und Veranstaltungen und entwickelt Materialien. Auf der anschaulichen Internetseite www.engagiert-mitgestalten.de werden viele dieser Informationen gebündelt, aber vor allem wird den Freiwilligen der Landeskirche und ihren Projekten dort ein Gesicht gegeben. Besucher können sich beispielsweise Freiwilligenportraits und unter der Rubrik „Perlen tauchen“ ausgewählte Projekte ansehen. So steht die Internetseite für Wertschätzung, Information sowie Motivation zugleich.

Fragen an Ute Göpel, Bildungsreferentin im Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der EKKW, Vorstandsmitglied der BAG Familie & Betrieb und Kuratoriumsmitglied der ASG.

Foto: mediotv schauderna

Kontakt

Ute Göpel
(05654) 92 49 88 17
ute.goepel@ekkw.de

Welche Bedeutung hat das Ehrenamt in Ihrer Landeskirche?

Eine lebendige, dynamische Kirche lebt vom gemeinsamen Engagement Vieler. 40 000 Menschen engagieren sich allein in den Kirchengemeinden in Kurhessen-Waldeck ehrenamtlich – schon diese Zahl spricht für sich und lässt erahnen, welch vielfältige Angebote sich dahinter verbergen. Engagierte stellen ihre Zeit, Kreativität und ihr Know-how zur Verfügung und gestalten Kirche, Diakonie und somit Gesellschaft. Kirche ist auch sozial und kulturell aktiv. Gerade in ländlichen Räumen gibt es hier vielfältige Schnittmengen.

Hat sich das Ehrenamt in den letzten Jahren Ihrer Einschätzung nach verändert?

Ja! War früher Langzeitengagement selbstverständlich, sind heute zunehmend zeitlich überschaubare Tätigkeiten gefragt. Projekte, frische Strukturen und eine inspirierende Mitmachkultur werden gesucht. Häufig steht das Thema im Mittelpunkt des Engagements. Dann heißt es nicht mehr „einmal Kirche – immer Kirche“, sondern: Wo finde ich die Organisation, in der ich mich in der von mir gewünschten Form einbringen kann? Vom Lückenbüßer zum Mitgestalter.

Was erwarten die Freiwilligen heute von den Hauptamtlichen?

Sie wünschen sich „Ermöglicher“, die Ideen willkommen heißen. Ein Umfeld, in dem sich eigene Talente entfalten können. Dazu bedarf es engagementfreundlicher Standards und Rahmenbedingungen. Konfliktkompetenz und Teamgeist sollten ebenso selbstverständlich sein wie ein von Wertschätzung getragenes Miteinander auf Augenhöhe.

Lukas M. Egyptien

MORO-Forschungsprojekt:

Stadt-Land-Partnerschaften zum Nutzen der Regionen

Rupert Kawka

In zwei Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), die zwischen 2008 und 2013 durchgeführt wurden, untersuchte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Chancen und Grenzen von Stadt-Land-Partnerschaften.

In der EU-weiten Diskussion existiert die Idee der Stadt-Land-Partnerschaften mindestens seit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept aus dem Jahr 1999. Konkret umgesetzt wurden diese großräumigen Partnerschaften aber erst ein Jahrzehnt später. Zwar können auch die Verkehrsverbünde, die bereits seit langer Zeit etabliert sind, als Stadt-Land-Partnerschaften verstanden werden, aber das Verständnis hat sich im Laufe der Zeit gewandelt: Stadt-Land-Partnerschaften werden nunmehr als integrierte Kooperationen aufgefasst, bei denen eine Vielzahl von Projekten zum gegenseitigen Nutzen von städtischen, suburbanen und ländlichen Räumen innerhalb eines übergeordneten organisatorischen Rahmens durchgeführt werden. Alle Teilräume sollen mit ihren jeweiligen Potenzialen zu wirtschaftlichem Wachstum und gesteigerter Lebensqualität in der Gesamtregion beitragen, aber alle sollen auch davon profitieren können. Es geht somit um eine Wachstums- und Ausgleichspolitik, die innerhalb von funktionalen Räumen stattfindet und einen Beitrag zur territorialen Kohäsion leistet. Der Begriff der territorialen Kohäsion stammt aus den EU-Diskussionen, damit wird deutlich, dass die Europäische Union ebenfalls ein hohes Interesse an solchen Partnerschaften hat. Dies zeigt sich beispielsweise an der RURBAN-Initiative des EU-Parlaments, das zwei vorbereitende Studien an das BBSR zusammen mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. und an die OECD vergeben hat.[1] Dabei sind u. a. auch die Erfahrungen aus Deutschland zentral gewesen.

Dr. Rupert Kawka

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung, Referat I 4 „Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung“, Bonn

Tel. (0228) 99 401 13 14
rupert.kawka@bbr.bund.de

Erprobung von Stadt-Land-Partnerschaften in Deutschland

Im Jahr 2006 wurden die neuen Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland verabschiedet, wodurch die großräumigen Verantwortungsgemeinschaften in die Diskussion kamen. Im Anschluss hat das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen mit dem BBSR bis 2013 zwei Modellvorhaben[2] durchgeführt, bei denen die Chancen und Grenzen der Stadt-Land-Partnerschaften ausgelotet werden sollten. In acht siedlungsstrukturell und wirtschaftlich heterogenen Modellregionen (vgl. Abb.) wurde an Hand von 45 konkreten Projekten erprobt, wie diese Partnerschaften umgesetzt werden können. Dabei ging es nicht um eine theoretische Debatte und um die Governance, sondern um die Frage, wie regionale Potenziale besser genutzt und regionale Probleme besser gelöst werden können. Etwas mehr als 1 Mio. € standen dafür bundesseitig zur Verfügung, eine weitere Million kam aus den Modellregionen selber. Letztere Zahl zeigt, dass die ausgewählten Städte und die einbezogenen ländlichen Räume die regionale Vernetzung untereinander als wichtig ansehen.

Ländliche Räume als Juniorpartner?

Gerade für ländliche Räume stellt sich dabei aber die Frage, ob ihre Bedürfnisse in einer solchen Partnerschaft eine adäquate Berücksichtigung finden. Die beteiligten Städte sind meist größer und wirtschaftsstärker und verfügen über mehr Verwaltungskapazitäten, um eine solche Kooperation durchzuführen. Würde das dazu führen, dass am Ende nur der städtische Nutzen im Vordergrund steht? Die Erfahrung aus dem Modellvorhaben haben diese Bedenken zerstreut, denn in den ländlichen Räumen gibt es viele Potenziale, die in eine Partnerschaft eingebracht werden können: Dabei sind nicht nur die klassischen Merkmale ländlicher Räume zu nennen, wie etwa Freiflächen, landschaftliche Schön-

[1] BBSR/DV (2012): Partnership for sustainable rural-urban development: existing evidence, abrufbar auf http://ec.europa.eu/regional_policy/what/cohesion/urban_rural/index_en.cfm und OECD (2013): Rural-Urban Partnerships. An Integrated Approach to Economic Development. Paris.

[2] „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ (2008-2010) sowie „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“ (2012-2013).

heiten zur Naherholung und Agrarprodukte. In ländlichen Räumen existieren viele starke Unternehmen, die in Clusterstrategien eingebracht werden können, gemeinsame regionale Entwicklungskonzepte zwischen Stadt und Land bringen einen Mehrwert, ebenso sind Hochschulen nicht auf große Städte beschränkt, sondern liegen auch in Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum. Darüber hinaus sind deutsche Städte im globalen Kontext vergleichsweise klein, Metropolregionen in Deutschland leben also von der Möglichkeit oder Notwendigkeit, das Umland einzubeziehen, um so eine weltweite Aufmerksamkeit zu erlangen. Insofern haben die ländlichen Räume als Partner eine gute Ausgangsposition. Eine weitere Erkenntnis aus den beiden Modellvorhaben war, dass es gerade in ländlichen Räumen viele motivierte Akteure gibt, die etwas für ihre Region bewegen möchten. Dieses Engagement – und das ist eine grundlegende Spielregel – lässt sich nur nutzen, wenn sich städtische und ländliche Akteure auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Somit sind Stadt-Land-Partnerschaften nicht nur eine Ansammlung von Projekten, koordiniert von einer übergeordneten Ebene, sondern auch ein Prozess, bei dem es um gemeinsame Ziele geht, in dem Strategien entworfen und Projekte ausgehandelt und gestaltet werden, die zum Teil einen eher städtischen oder eher ländlichen Nutzen haben können, die aber auch im Sinne einer Win-win-Situation für beide gleichermaßen vorteilhaft sind.

Erfolgsfaktoren einer funktionierenden Partnerschaft

Jede Stadt-Land-Partnerschaft ist anders, daher kann es keine einheitlichen Rezepte geben, aber einige Erfolgsfaktoren lassen sich ausmachen: Grundlegend gilt, dass die Handelnden sich als Teile eines funktionalen Raumes verstehen, der durch gegenseitige Beziehungen geprägt ist. Ferner ist der Faktor Zeit wichtig. In den beiden Modellprojekten gab es genügend Zeit zur Planung vorab und zur Durchführung von Projekten. Ersteres ist gerade bei Akteurskonstellationen wichtig, deren Beteiligte zuvor noch nicht miteinander gearbeitet haben. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die parallele Arbeit an mehreren Projekten mit unterschiedlichen Inhalten. Zum einen können dadurch mehr Beteiligte einbezogen werden,

so dass die Partnerschaftsidee gestärkt wird, zum anderen können mehr Teilräume davon profitieren, weil gerade im ländlichen Raum nicht jedes Thema gleichermaßen für alle Gemeinden relevant ist. Außerdem – damit muss auch gerechnet werden – können auch einzelne Projekte weniger erfolgreich sein oder sogar scheitern. Um die Stadt-Land-Partnerschaft als Ganzes nicht zu gefährden, können solche Situationen dann kompensiert werden. Schließlich hat es sich bewährt, dass unterschiedliche Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinander arbeiten. Das kann anfangs wegen unterschiedlicher Erwartungen schwierig sein, befruchtet aber den Prozess letztlich. Trotzdem sollte niemand erwarten, dass Stadt-Land-Partnerschaften neben dem Tagesgeschäft entstehen können. Sie erfordern zusätzliche Arbeit, aber diese wird durch einen entsprechenden Nutzen entschädigt. ■

Das Modellvorhaben ist in der Publikation „Stadt-Land-Partnerschaften – Wachstum und Innovation durch Kooperation“ dokumentiert, es ist unter www.bbsr.bund.de abrufbar.

Europäische Metropolregion Nürnberg – eine Heimat für Kreative

Dr. Christa Standecker

Die Metropolregion Nürnberg ist eine von elf Metropolregionen in Deutschland. Sie wurde 2005 als freiwillige Allianz von regionalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Marketing und Sport gegründet.

Der Zusammenschluss aus 11 kreisfreien Städten und 22 Landkreisen versteht sich als besondere Antwort auf die Globalisierung. Dabei hat die Region als Stadt-Land-Partnerschaft mit einer innovativen Governance und als Gegenentwurf zur Megacity weltweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen.[1] In Europa gilt sie als Modellregion, weil sie auf der Grundlage der engen Zusammenarbeit von Stadt und Land die Entwicklung der Region positiv beeinflusst und zugleich die Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Gesamtregion stärkt.

Die Metropolregion Nürnberg ist eine polyzentrale Region mit Nürnberg als größter Stadt und einer Anzahl von mittelgroßen Städten wie Erlangen, Fürth, Bamberg, Bayreuth oder Coburg. Starke Landkreise sind Standorte weltweit erfolgreicher Unternehmen. 3,5 Mio. Einwohner erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von 106 Mrd. €. Dies entspricht der Wirtschaftsleistung von Shanghai oder Ungarn. Eine hohe Exportquote von gut 47 % zeigt die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Sie ist Standort für Global Player wie Siemens, Adidas, Puma und viele familiengeführte KMUs, die Marktführer auf Weltmärkten sind. Diese sog. Hidden Champions arbeiten auch in ländlichen Räumen der Region.

Polyzentralität als Leitbild

Was ist das Besondere an dieser Region? Sie folgt einem Leitbild der Polyzentralität und setzt auf die fruchtbare Koexistenz von urbanen, suburbanen und ländlichen Räumen. Statt Urbanisierung und die Konzentration auf städtische Zentren, fokussiert sie ihre Regionalentwicklung auf die Kooperation und die Verflechtungen zwischen Stadt und Land. Die Metropolregion bietet dadurch die Vorteile und Funktionen einer Großstadt, aber ohne deren negative Nebeneffekte wie Verkehrschaos, Umweltverschmutzung, explodierende Immobilienpreise und soziale Spannungen. Polyzentrale Strukturen mindern den Druck auf Infrastruktur und Umwelt, steigern die Vielfalt und Lebensqualität im Großraum und machen die Region gerade auch für Familien äußerst attraktiv. Um diese Vorteile gemeinsam zum Tragen zu bringen, müssen die Akteure kooperieren und ihre Stärken gemeinsam kommunizieren.

Neue Formen regionaler Willensbildung: Netzwerke und Multilevel Governance statt Hierarchien

Selbstbestimmte Grundprinzipien regeln die Zusammenarbeit in der Metropolregion. Sie wurden in einer Charta bereits 2005 vereinbart. So ist die Freiwilligkeit ein Prinzip, das das Zusammenwirken in der Allianz wesentlich bestimmt. Keine Landesplanung, kein Gesetz zwingt die Akteure zur Mitwirkung. Treibendes Motiv ist die Überzeugung der Mitglieder, dass aus der Kooperation Vorteile für die einzelne Kommune erwachsen. Bestimmendes Gremium ist der Rat der Metropolregion, in dem 55 Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister vertreten sind. Das heißt: Jeder hat eine Stimme, unabhängig von der Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft seiner Kommune. Dieses Prinzip der gleichen Augenhöhe hat insbesondere ländliche Räume davon überzeugt, dass die Partnerschaft ernst genommen wird. Im Rat sind außerdem mit Bezirkstage, Regierungsbezirken und Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung verschiedene Verwaltungsebenen vertreten. Dies sind kooptierte Mitglieder.

Die Akteure befolgen außerdem strikt das Prinzip der Subsidiarität. Nur solche Projekte werden in Angriff genommen, die einen metropolregionalen Mehrwert haben, d. h. gemeinsam besser angepackt werden können als auf kleinräumlicher Ebene. In sieben Fachforen arbeiten rund 400 Stakeholder

Dr. Christa Standecker

Geschäftsführerin Geschäftsstelle Metropolregion Nürnberg

Tel. (0911) 23 11 05 12
Christa.Standecker@metropolregion.nuernberg.de
www.metropolregion.nuernberg.de

[1] OECD (2013): Rural-Urban Partnerships. An Integrated Approach to Economic Development. Paris.

Grafik: Stadt Nürnberg, Geo 10/2010
Kartengrundlage: Übersichtskarte von Bayern 1 : 2.000.000
© Landesamt für Vermessung und Geoinformation Bayern

auf freiwilliger Basis zusammen, darunter Vertreter verschiedener Verwaltungsebenen und Ressorts. Themen der Foren sind Wirtschaft und Infrastruktur, Wissenschaft, Verkehr, Kultur, Sport, Tourismus und Marketing. Dort werden Strategien diskutiert, Projekte generiert und auf den Weg gebracht. Bei den Fachforen handelt es sich um Netzwerk-Strukturen, die weitgehend unabhängig arbeiten. Die große gemeinsame Orientierung geben ein Mission Statement „Heimat für Kreative“ und fünf strategische Ziele, die gemeinsam bis 2020 erreicht werden sollen. Dabei lautet das erste Ziel: „Wir entwickeln die Polyzentralität zu unserem Alleinstellungsmerkmal.“

Bad Windsheimer Erklärung mit konkreten Handlungsfeldern

Für die Stadt-Land-Partnerschaft wurden in der Bad Windsheimer Erklärung 2007 fünf konkrete Handlungsfelder vereinbart. Dazu gehören u. a. die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe für Lebensmittel (Marke „Original Regional“), die Stärkung des Binnentourismus, die stetige Verbesserung der Mobilität und eine Clusterpolitik, die auch ländliche Räume einbezieht. Dabei wird eine Strategie des Stärken-Stärkens verfolgt.

Zusammenarbeit konkret: Klimaschutz und Energie

Ein konkretes Beispiel ist der Klimapakt. 2010 beschloss der Rat der Metropolregion zum einen die Einrichtung eines Lenkungskreises Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung. Zum anderen wurde 2012 ein Klimapakt mit gemeinsamen klima- und energiepolitischen Zielsetzungen verabschiedet. Es wurde vereinbart, dass die CO_2-Emissionen in der gesamten Metropolregion bis zum Jahr 2050 (im Vergleich zum Basisjahr 1990) um 80 % verringert werden. Dabei muss nicht jeder Landkreis oder jede Stadt das 80 %-Ziel realisieren, sondern jede Teilregion soll ihren möglichen Beitrag zum Gesamtziel der CO_2-Minderung leisten. Es liegt auf der Hand, dass langfristig die Landkreise der Metropolregion mehr erneuerbare Energien erzeugen können, als sie selbst verbrauchen. Deren spezifische Stärke ist die Verfügbarkeit großer Flächen und Know-how im Bereich erneuerbare Energien, u. a. Biomasse. Die Städte hingegen werden mehr bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und der energieeffizienten Gebäudemodernisierung leisten müssen, um das Ziel Wirklichkeit werden zu lassen. Durch das gemeinsame Zusammenwirken von Stadt und Land wird das Gesamtziel schließlich im Durchschnitt der beteiligten Gebietskörperschaften erreichbar.

Innovative Pilotprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien werden zum Erreichen des Klimaziels ebenso in Angriff genommen wie beispielsweise der Wärmeverbund in Gewerbegebieten. So wurde für die erneuerbaren Energien eine Machbarkeitsstudie für einen „Energiewald“ durchgeführt. Beantwortet wird die Frage, wie ein Energieholzanbau in der Praxis erfolgen kann, und zwar unter Berücksichtigung vorhandener Potenziale, rechtlicher Rahmenbedingungen, des Anbaus und der Pflege sowie der Hackschnitzelqualität und Wirtschaftlichkeit. Eine im März 2013 gegründete KWK-Initiative setzt einen Schwerpunkt in städtischen Räumen und will vorhandene Kompetenzen vernetzen und nach außen sichtbar machen sowie zahlreiche weitere KWK-Anlagen vor allem in Gemeinden initiieren.

Wie alle Aufgaben in der Metropolregion, so wird auch die Arbeit des Lenkungskreises Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung durch Netzwerke erledigt, in die Fachkompetenzen aus der gesamten Region einfließen. Folgende vier Themen werden bearbeitet: Energie-Effizienz in Gebäuden und privaten Haushalten; Kraft-Wärme-Kopplung, Erneuerbare Energien – Biomasse; Energie-Effizienz in der Wirtschaft.

Stadt-Land-Partnerschaft als Voraussetzung für globale Sichtbarkeit von Städten, Gemeinden und Regionen

Mit der Erkenntnis komplementärer Stärken geht die Notwendigkeit der Kommunikation und des Marketings für die Region einher. Erst wenn die Region mit ihrem Gesamtangebot international wahrgenommen wird und nicht mehr einzelne Städte und Landkreise, dann hat die Stadt-Land-Partnerschaft ihr Ziel erreicht. Damit erarbeiten sich insbesondere die ländlichen Räume eine Plattform, auf der sie international wahrgenommen werden – die Stadt-Land-Partnerschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die globale Sichtbarkeit von Städten, Gemeinden und Regionen. ■

MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg

Ernst Hansen

Zielsetzung und Besonderheiten von MORO Nord

2007 brachten die Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen mit der Metropolregion Hamburg (MRH) das Modellvorhaben der Raumordnung „MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg“ auf den Weg. Das übergeordnete Ziel von MORO Nord bestand darin, insbesondere regionale Kräfte für den internationalen Standortwettbewerb der MRH mit anderen Metropolregionen zu bündeln und im großräumigen Maßstab die Entwicklungschancen aller beteiligten Räume – also auch über die MRH hinaus – zu verbessern. Insgesamt sollte MORO Nord dazu beitragen, die Lebensqualität im gesamten Kooperationsraum weiter zu erhöhen. Dafür wurden Handlungsfelder identifiziert und Themen für Projekte der überregionalen Partnerschaft herausgearbeitet, die im norddeutschen Raum bisher in dieser Form noch nicht aufgegriffen worden waren. Hierbei arbeiteten erstmals übergreifend alle Ebenen von vier Landesregierungen, die gesamte kommunale Ebene, die Wirtschaft sowie die angrenzenden Metropolregionen wie auch Süddänemark eng zusammen.

Dabei bedeutete es eine besondere Herausforderung für MORO Nord, in einer bisher nicht etablierten großräumigen Gebietskulisse im norddeutschen Raum zu starten, für die bislang keine gewachsenen Strukturen bestanden. Es wurde damit ein komplett neuer großräumiger Kooperationsansatz über die Metropole Hamburg hinaus erprobt. So ist beispielsweise mit Mecklenburg-Vorpommern erstmals ein östliches Bundesland in eine direkte Zusammenarbeit mit den benachbarten westlichen Bundesländern eingetreten und in Schleswig-Holstein wurde der nördliche, nicht zur MRH-Gebietskulisse gehörende Landesteil in die neue Partnerschaft eingebracht.

Ernst Hansen

Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Leiter der Abteilung 3 Landesplanung, Personal, Haushalt; Kiel

Tel. (0431) 988 - 17 03
Ernst.Hansen@stk.landsh.de

MORO Nord-Themenschwerpunkte und Projektergebnisse

Basis der Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland waren insgesamt 14 Projekte zu unterschiedlichen Themen. Die Schwerpunkte lagen auf der länderübergreifenden Vernetzung zwischen Wirtschaftsclustern (Maritime Wirtschaft, Lifesciences, Logistik und Ernährungswirtschaft), der Stärkung der norddeutschen Zusammenarbeit in den Bereichen Qualifizierung und Wissenschaft sowie der Förderung der Ländergrenzen überschreitenden Stadt-Land-Kooperation.

Räumliche Priorität erhielt in diesem Zusammenhang die Entwicklungsachse der Bundesautobahn 1 – auch als Fehmarnbelt-Achse bezeichnet. Insbesondere mit „Brückenschlag – Entwicklungskorridor Fehmarnbeltquerung“ mit seinen für den norddeutschen Raum wegweisenden Projektmodulen eines Regionalen Entwicklungskonzeptes, eines Verkehrskonzeptes zur Hinterlandanbindung und der Vision einer Meta-Region bis in die dänisch-schwedische Öresund-Region sowie dem parallel geförderten MORO-Projekt „Belt Food“ wurde kooperatives Neuland betreten. Die auf dieser Achse entstandene erfolgreiche Zusammenarbeit führte 2012 zur Aufnahme des Kreises Ostholstein und der Hansestadt Lübeck in die MRH.

Insgesamt haben sich die einzelnen MORO Nord-Projekte mit ihren vollkommen neuen Kooperationsstrukturen erst den richtigen Weg „suchen“ müssen. Dieser Entwicklungsprozess wird beispielhaft bei den Projekten „Campus Nord – Hochschulkooperation“ sowie „Unverwechselbar – Norddeutschland im Wettbewerb der Regionen“ deutlich. Zahlreiche Projektbesprechungen, Konferenzen und Veranstaltungen im Rahmen von „Campus Nord“ hatten letztendlich einen transparenteren Zugang zu Informationen, den Aufbau eines Hochschul- und Wissenschaftsmarketings sowie die Idee eines norddeutschen Kooperationspreises zur Folge. Daneben fand 2009 als erste gemeinsame Veranstaltung der norddeutschen Hochschulen und der darauf aufbauenden Initiative die „Nacht des Wissens“ in Hamburg statt. Den Projektakteuren von „Unverwechselbar“ gelang es in einem intensiven Abstimmungsprozess mit den Marketingfachleuten der norddeutschen Länder, ein „Signet Norddeutschland“ als eine kommunikative Klammer für gemeinsame norddeutsche Aktivitäten auf den Weg zu bringen.

NORD DEUTSCH LAND

Im Projekt „Position beziehen“ wurde die Studie „Ländliche Räume in der großräumigen Partnerschaft – Entwicklungspotenziale in Norddeutschland“ erarbeitet, die viel dazu beigetragen hat, die Stärken und Ressourcen in den ländlichen Räumen zu erkennen und Themen für zukünftige Stadt-Land-Partnerschaften zu identifizieren. Diese Studie erhielt durch

die von den Kooperationspartnern der MORO Nord-Region abgegebene „Bad Bevenser Erklärung“ – Stadt und Land in gemeinsamer Verantwortung“ vom April 2010 zusätzliches politisches Gewicht.

Das Projekt „Heranrücken – Anbindung der ländlichen Räume an die Zentren“ ermittelte in der Studie „Vision Verkehr 2030“ Bedarfe und Möglichkeiten zur besseren verkehrlichen Vernetzung der ländlichen Räume und der städtischen Zentren. An diese Ergebnisse kann die Metropolregion Hamburg jetzt mit dem neuen Leitprojekt „Mobilität“ anknüpfen.

Resultate der großräumigen norddeutschen Partnerschaft

Im Verlauf der beiden Modellvorhaben des BBSR ist es gelungen, eine neue und belastbare großräumige Kooperation zu etablieren. Darüber hinaus wurde der Grundgedanke einer auf Vertrauen ausgerichteten Partnerschaft in Norddeutschland verankert. So konnten gerade die Fachressorts der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern stärker in die Kooperation der norddeutschen Länder einbezogen werden. Auch auf kommunaler Ebene wurden zwischen den Bezirken, Städten und Gemeinden sowie Landkreisen bzw. Kreisen in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein neue Netzwerke aufgebaut. Ein zentrales Ergebnis dieser intensivierten Zusammenarbeit ist u. a. der im Mai 2012 vollzogene formale Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der beiden „MORO Nord“-Kreise Ludwiglust-Parchim und Nordwestmecklenburg zur MRH.

Nach Auslaufen des geförderten MORO-Projektes haben sich die norddeutschen Akteure eindeutig dafür ausgesprochen, die entstandene Partnerschaft als Projektpartnerschaft Nord fortzuführen.

Folgeprojekt „Land-Stadt-Allianzen in der Projektpartnerschaft Nord“

Im Sinne einer Vertiefung und Konkretisierung der in MORO Nord erfolgreich begonnenen Stadt-Land-Zusammenarbeit entwickelten die Kooperationspartner innerhalb der Projektpartnerschaft Nord (PP Nord) ab 2011 das ebenfalls als Modellprojekt der Raumordnung geförderte Projekt „Land-Stadt-Allianzen“. In diesem wurde neben dem Thema „Energiewende durch Teilhabe“ das Thema „Land-Stadt-Partnerschaften in der Gesundheitsversorgung“ diskutiert und durch eine Expertenrunde sowie eine Fachkonferenz im Mai 2013 aufbereitet.

Als zentrale Erkenntnisse sind hervorzuheben, dass es bereits eine Vielzahl von Projekten zum Einsatz von z. B. neuer Telemedizin, mobilen Ärzte- und Pflegeangeboten bzw. flexibler Beförderung von Menschen zu den medizinischen Zentren gibt, die zukünftig im Rahmen konkreter Maßnahmen in den einzelnen Regionen miteinander verknüpft werden müssen. Wo Planungsdaten nicht vorhanden sind, müssen auch regionale Bevölkerungsprognosen gekoppelt mit Prognosen zur Entwicklung der medizinischen Grundangebote erhoben werden. Dabei gilt es, vor allem das medizinische Angebot – von Ärzten über Krankenhäuser, Pflegeangebote bis hin zu Apotheken – zu betrachten und auf eine verlässliche Basis zu stellen. Daneben müssen Anreize geschaffen werden, das Studium für Allgemeinmediziner attraktiver zu machen und sie für eine Ansiedlung im ländlichen Raum zu gewinnen. Dieses Spektrum wird im Mittelpunkt der künftigen Aktivitäten stehen.

Ausblick: Wie geht es weiter?

Damit die erfolgreiche Projektpartnerschaft Nord als Netzwerk einer projektbezogenen Zusammenarbeit in Norddeutschland auch in Zukunft wirken kann, wird derzeit im Rahmen der Neuausrichtung der MRH die feste Eingliederung der großräumigen Partnerschaft in die Strukturen der Metropolregion vorbereitet. Eine solche Zusammenführung ist auch darin begründet, dass wesentliche Nachbarräume – und damit Partner von MORO Nord bzw. PP Nord – nun unmittelbarer Teil der MRH geworden sind.

Fazit

MORO Nord und PP Nord haben letztlich die Metropolregion Hamburg hinsichtlich Größe und Strukturen unmittelbar gestärkt und zugleich die überregionale Strahlkraft der MRH mit Blick auf die Nachbarräume erhöht. ■

Landbevölkerung der Region Naturgarten Kaiserstuhl initiiert Partnerschaften mit Freiburger Stadtteilen

Matthias Hollerbach

Unter dem Motto „Neue Wege einer Partnerschaft zwischen Stadt und Land“ initiierte die Bürgerschaft der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl vor zehn Jahren eine Partnerschaft mit dem Stadtteil Mooswald der Stadt Freiburg im Breisgau. Unterstützt wurde sie dabei von der damals neu eingerichteten Geschäftsstelle des Förderprogramms PLENUM zur nachhaltigen Regionalentwicklung in der Region Naturgarten Kaiserstuhl. In diesem Rahmen wurde auch ein Konzept für weitere Stadt-Land-Partnerschaften erarbeitet.

Von der Idee zur gelebten Partnerschaft

In der ländlichen Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl wird bürgerschaftliches Engagement schon lange groß geschrieben und von Seiten der Gemeindeverwaltung aktiv unterstützt. In einem Arbeitskreis Landwirtschaft der lokalen Agenda 21 wurde 2003 die Idee für eine Partnerschaft mit einem Freiburger Stadtteil geboren. Hauptanliegen war es, die auf dem Land produzierten Agrarprodukte wieder vermehrt regional und direkt an die städtische Bevölkerung zu vermarkten. Der Bürgermeister Eichstettens, die Freiburger Umweltbürgermeisterin und die Sprecher der Bürgervereine der Freiburger Stadtteile unterstützten das Vorhaben.

Im Rahmen des PLENUM-Projekts wurde zunächst in Workshops mit ausgewählten Erzeugern und Verbrauchern, Verwaltungsstellen und Interessenverbänden ein Konzept für Stadt-Land-Partnerschaften ausgearbeitet. Dieses wurde mit dem Gemeinderat Eichstettens und dem Vorstand des Bürgervereins FR-Mooswald und anschließend in öffentlichen Veranstaltungen mit einem breiteren Publikum interessierter Bürger erörtert und weiterentwickelt. Von Eichstetter Seite wurden Besuchsangebote für die Stadtbevölkerung zusammengetragen. Mit diesen wurde Kontakt zu Musik-, Sport- und Naturschutzvereinen, Kirchengemeinden, Kunst- und Kulturschaffenden, Schulen und Kindergärten im Stadtteil aufgenommen. So entstand eine umfangreiche Liste mit Erlebnisangeboten auf dem Land, gegenseitigen Einladungen und gemeinsamen Veranstaltungsideen: die Beteiligung von Weinbau- und Obstbaubetrieben am Stadtteilmarkt und bei Stadtteilfesten, pädagogische Angebote mit Führungen für Kindergartengruppen und Schulklassen sowie deren Mithilfe bei der Kartoffel- und Obsternte, die Einladung von Erwachsenen zur Weinlese, zu Dorfführungen, Besuchen im Kuhstall und im Gewächshaus sowie zum Erfahrungsaustausch zu Themen der Versorgung mit regenerativen Energien und biologisch produzierten Lebensmitteln.

Vor allem Aktionen wie „Rund um das Streuobst“ mit gemeinsamer Apfelernte und dem Pressen des Apfelsaftes mit einer manuellen Presse wurden schnell realisiert und haben der Idee für eine Stadt-Land-Partnerschaft Auftrieb verschafft. Nur durch diese prozess- und dialogorientierte Vorgehensweise konnte sowohl bei der Land- als auch der Stadtteilbevölkerung eine hohe Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft für eine solche Partnerschaft erzielt werden. Nach rd. eineinhalb Jahren wurde die Stadt-Land-Partnerschaft 2005 im Rahmen einer Festveranstaltung besiegelt.

Aktion im Rahmen der Stadt-Land-Partnerschaft zwischen Ihringen und Freiburg-Rieselfeld: Ein Obstbaubetrieb lieferte eine Woche lang für jeden Schüler einen Apfel täglich.

Matthias Hollerbach

Geschäftsstelle PLENUM Naturgarten Kaiserstuhl im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Außenstelle Breisach

Tel. (0761) 21 87 53 14
Matthias.Hollerbach@lkbh.de
www.naturgarten-kaiserstuhl.de

Jährlicher Regionalmarkt in der Stadt Freiburg

Daraufhin bekam die Region das Angebot der Stadt, sich an einem Regionalmarkt in Freiburg zu beteiligen, der seit 2002 jährlich stattfindet. Die Geschäftsstelle PLENUM koordinierte die Beteiligung von Akteuren aus der Kaiserstuhlregion und so konnten sich Erzeuger, Verarbeiter und diverse Initiativen im Herbst 2005 erstmals gebündelt als regionaler Zusammenschluss mit ihren Produkten und Dienstleistungen der Stadtbevölkerung präsentieren. Seither beteiligt sich die PLENUM-Region regelmäßig und seit 2009 zusammen mit dem Naturpark Südschwarzwald an dem jährlichen Regionalmarkt, der seitdem unter dem Motto „Schwarzwald trifft Kaiserstuhl“ steht.

Von Seiten der Region Naturgarten Kaiserstuhl beteiligen sich inzwischen fast ausschließlich Partner des von PLENUM aufgebauten und 2006 eingeführten regionalen Markenprogramms Kaiserlich genießen (s. www.kaiserlich-geniessen.de) mit ihren Produkten und Dienstleistungen. So werden Kaiserstühler Landeis, Walnusstorte, Walnussöl, Pestos, Fruchtaufstriche, Obstsäfte, Edelbrände, Wein sowie Kunsthandwerk und Wellnessprodukte zum Verkauf angeboten. Die PLENUM-Geschäftsstelle präsentiert zusammen mit den Kaiserstühler Gästeführern die regionalen Besonderheiten v. a. unter touristischen Gesichtspunkten.

Gemeinsame Kriterien für Produktanbieter sind die eindeutig definierte Regionalität, die gehobene und kontrollierte Qualität sowie ein konkreter Beitrag für Naturschutz bzw. Landschaftspflege, z. B. durch Erhalt von Streuobstwiesen oder anderen extensiv genutzten Flächen im Umfang von 10 % des Betriebszweigs, Pflege von artenreichen Weinbergböschungen oder Sanierung von Trockenmauern. Dienstleistungen unter dem Markenzeichen Kaiserlich genießen haben einen engen Bezug zu den regionalen Besonderheiten, fördern das touristische Erleben der Kulturlandschaft oder die Umweltbildung in der Region.

Konzeption für weitere Stadt-Land-Partnerschaften

Im Rahmen des PLENUM-Förderprojekts konnte darüber hinaus eine Konzeption für weitere Stadt-Land-Partnerschaften ausgearbeitet werden. Um herauszufinden, welche ländlichen Gemeinden mit welchen Stadtteilen gut zusammenpassen könnten, wurde eine Erhebung nach folgenden Kriterien durchgeführt: Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, Beteiligungskultur der Bürgerschaft, Kaufkraft und Versorgung der Bewohner im jeweiligen Stadtteil, bestehende Handelsbeziehungen mit landwirtschaftlichen Erzeugern sowie Verkehrsanbindung und Orientierung der Stadtteile bezüglich Naherholung zu bestimmten Gemeinden in der Region.

Anhand dieser Kriterien wurden Vorschläge für vermutlich passende Stadt-Land-Partner formuliert und an die Stadt, die Bürgervereine und die Landgemeinden kommuniziert. Auf dieser Grundlage sind im Laufe der Zeit vier weitere Stadt-Land-Partnerschaften entstanden (s. Abb. 2).

Erfolgsfaktoren

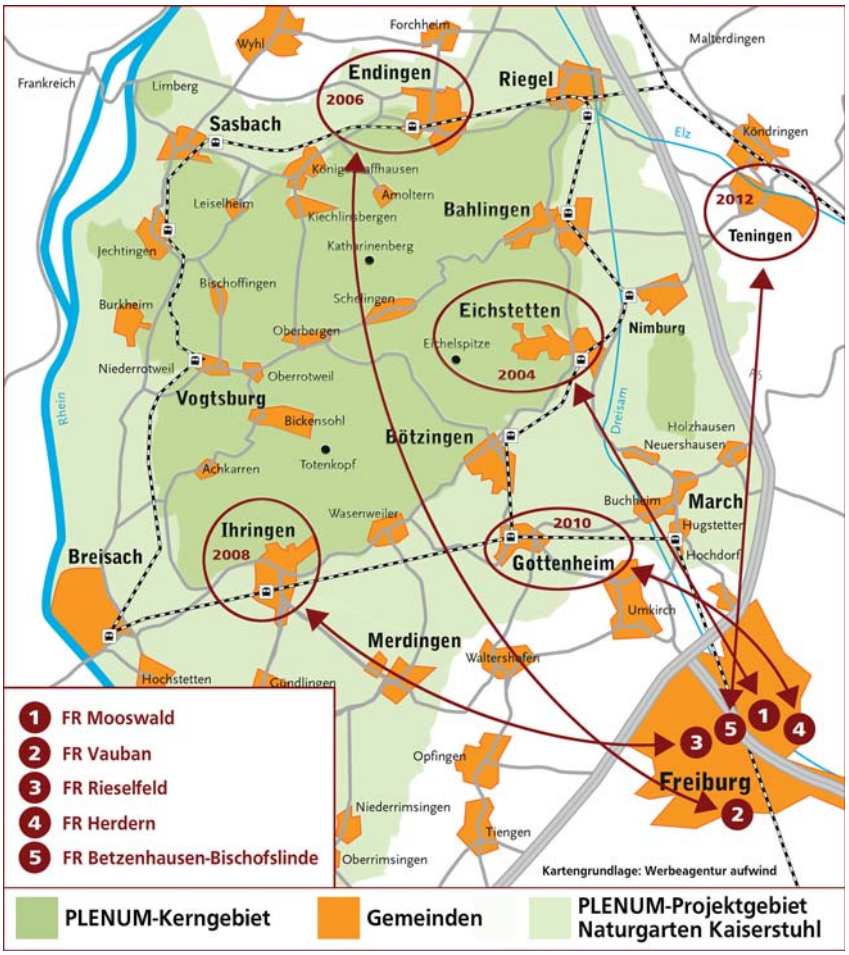
Im Rahmen einer Masterarbeit von Henrike Kaiser (2013) wurden die entstandenen Stadt-Land-Partnerschaften mittels einer umfangreichen Befragung zentraler Akteure analysiert. Ermittelt wurden insbesondere die Erwartungen, die Motivation einzelner treibender Kräfte, Erfolgserlebnisse sowie Hemmnisse. Daraus können einige wesentliche Faktoren für den Erfolg und die Lebendigkeit von Stadt-Land-Partnerschaften abgeleitet werden.

Für die Anbahnung einer Partnerschaft hat sich der partizipative Ansatz als erfolgreich erwiesen. Er bildet einen offenen Rahmen, so dass die bei den Bürgerdialogen entstehenden Ideen, Vorschläge und Angebote aufgegriffen und ausprobiert werden können. Dadurch wird die Partnerschaft von der Bürgerschaft getragen und nach ihren Möglichkeiten und Interessen aktiv mitgestaltet und nicht von oben gesteuert und organisiert.

Die Projektförderung durch das Förderprogramm PLENUM hat entscheidend dazu beigetragen, einen umfangreichen Dialogprozess durchführen und schrittweise die Hauptverantwortlichen, die Vertreter verschiedener Interessengruppen und schließlich die gesamte Bürgerschaft einbeziehen zu können. Indem die PLENUM-Geschäftsstelle die Rolle einer Koordinierungsstelle für die ländlichen Akteure übernommen hat, hat die Stadt einen zentralen Ansprechpartner für die Belange der Region. Nach Ende des PLENUM-Programms kann die zwischenzeitlich gegründete Dachorganisation Naturgarten Kaiserstuhl GmbH diese Funktion erfüllen.

Bei der Befragung wurde aber auch deutlich, dass die Stadt-Land-Partnerschaften kein Selbstläufer sind, sondern maßgeblich von einzelnen Akteuren getragen und lebendig gehalten werden. Außerdem sind der politische Wille und die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung wichtig. Die Begegnungen zwischen Land- und Stadtbevölke-

Abbildung 2: Partnerschaften zwischen Landgemeinden der Region Naturgarten Kaiserstuhl und Stadteilen von Freiburg i. Br.



rung und die konkreten Erlebnisse in Dorf und Stadtteil müssen aber auch Spaß machen und persönlich als bereichernd empfunden werden, um die Bereitschaft aufrecht zu erhalten, den organisatorischen Aufwand weiter zu betreiben.

Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Durch Globalisierung und Digitalisierung geht das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Stadt und ihrem Umland verloren, der Bezug der städtischen Bevölkerung zur Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der regionalen Landbewirtschaftung schwindet. Eine nachhaltige Regionalentwicklung sollte sich daher nicht auf die Entwicklung des ländlichen Raumes beschränken, sondern auch das Beziehungsgefüge zwischen ländlichem Raum und Stadt in den Blick nehmen. Es gilt, ein regionales Bewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen bzw. zu stärken, neue Formen der Partnerschaft zwischen Stadt und Land zu entwickeln und Solidargemeinschaften zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Handel, Gastronomie und Verbrauchern aufzubauen. Wochenmärkte bilden dabei eine gute Plattform für persönliche Kontakte, die das Verständnis von Erzeugern und Verbrauchern füreinander verbessern, Bewusstsein und Vertrauen schaffen und letztlich zu einer verstärkten Nachfrage nach Produkten aus der Region führen.

Das Programm PLENUM (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und UMwelt) fördert eine nachhaltige, naturschutzorientierte Entwicklung ausgewählter ländlicher Regionen in Baden-Württemberg (s. www.plenum-bw.de). Nach dem Motto „Schutz durch Nutzung“ sollen Naturschutzziele in wirtschaftliche Aktivitäten integriert und naturfreundliche Formen der Nutzung von Natur und Landschaft entwickelt werden. PLENUM initiiert und fördert daher innovative Projekte in den Bereichen Landbewirtschaftung, Produktentwicklung, Vermarktung, Tourismus, Umweltbildung und Landschaftspflege, die einen Mehrwert für Natur und Landschaft generieren.

Ein Mehrwert von Stadt-Land-Partnerschaften für Natur und Landschaft wird in erster Linie indirekt erreicht. Durch gegenseitige Kontakte und gemeinsame Aktivitäten entsteht ein stärkeres regionales Bewusstsein und ein Verständnis für die schützenswerten Besonderheiten der Region. Somit steigt die Bereitschaft, sich naturschonend zu verhalten und durch den Kauf regionaler Produkte die Landwirte zu unterstützen, die durch ihre Bewirtschaftung und Landschaftspflege zur Erhaltung der Landschaft als Lebensraum für viele wertgebende Tier- und Pflanzenarten und als attraktiver Erholungsraum beitragen. Optimal wäre, wenn im Rahmen solcher Partnerschaften auch Angebote geschaffen werden, sich aktiv an der Pflege und Unterhaltung von Streuobstwiesen, Trockenmauern, blütenreichen Weinbergböschungen und anderen naturnahen Landschaftsstrukturen beteiligen zu können oder gezielt für solche Projekte spenden zu können. So könnten über Stadt-Land-Partnerschaften sogar direkte Naturschutzeffekte erzielt werden. ■

Die Langfassung des Textes steht auf der Internetseite der ASG als Download zur Verfügung.

Regiopolregion Rostock

Christian Kluck und Elke Wegener

Seit 2006 gewinnt eine neue Raumkategorie – die Regiopole – zunehmend an Aufmerksamkeit. Regiopolen sind Oberzentren mit mehr als 100 000 Einwohnern, die Metropolfunktionen besitzen. Entscheidendes Charakteristikum für eine Regiopole ist ihre relativ große Entfernung zur nächsten Metropole. Danach wurden für Deutschland 33 Städte als potenzielle Regiopolen identifiziert.[1]

Der Begriff „Regiopole“ verdeutlicht die enge Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von einer Kernstadt (Pol) mit ihrer Umlandregion (Regio). Aufgrund der Distanz zum nächsten metropolitanen Wachstumsraum und ihrer herausgehobenen Funktionen verfügen Regiopolen meist über höheres Entwicklungspotenzial als andere Oberzentren. Die Hansestadt Rostock bekennt sich als Regiopole und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Zusammen mit ihrem Verflechtungsraum bildet sie die Regiopolregion Rostock.

Wachstumsraum zwischen den Metropolen

Die Regiopolregion umfasst die Hansestadt Rostock, den neugegründeten Landkreis Rostock sowie den Mittelbereich Ribnitz-Damgarten und liegt damit als Wachstumskern im Zentrum zwischen den Metropolregionen Berlin, Hamburg, Kopenhagen/Malmö und Stettin (s. Abb. 1 und 2). Der wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungsbereich geht über die nationalen administrativen Grenzen hinaus. So wird auch die dänische Nachbargemeinde Guldborgsund aktiv in die Arbeit der Regiopolregion einbezogen.

Die Regiopole Rostock ist von herausragender ökonomischer, kultureller und sozialer Bedeutung für den Nordosten Deutschlands und insbesondere für das regionale, ländlich geprägte und schwach strukturierte Umland. Direkt an der Ostsee gelegen, ist sie die wirtschaftlich stärkste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern und mit dem größten deutschen Universalhafen an der Ostsee die maritime Drehscheibe. Darüber hinaus ist Rostock Standort der ältesten Universität im Ostseeraum und zahlreicher Forschungseinrichtungen. Die positiven Effekte der Regiopole reichen weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Mit fast 500 000 Einwohnern und mehr als 19 000 Gewerbebetrieben konzentriert sich ein erheblicher Teil der Wirtschaftskraft und Innovationskapazität des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Regiopolregion Rostock. So sind mehr als ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hier tätig und erwirtschaften mehr als ein Drittel der Bruttowertschöpfung des gesamten Bundeslandes. Um Bedeutung und Entwicklungsdynamik aufrecht zu erhalten, sind enge Abstimmungsprozesse zwischen der Regiopole und dem Verflechtungsraum notwendig.

Die Initiative Regiopolregion Rostock

Dies haben bedeutende regionale Akteure, darunter die Hansestadt und der Landkreis Rostock, die IHK zu Rostock, der Planungsverband Region Rostock und das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung erkannt und 2006 die Initiative Regiopolregion Rostock gegründet. Seit Mai 2012 gibt es eine eigene Geschäftsstelle. Zu ihren Zielen gehören:

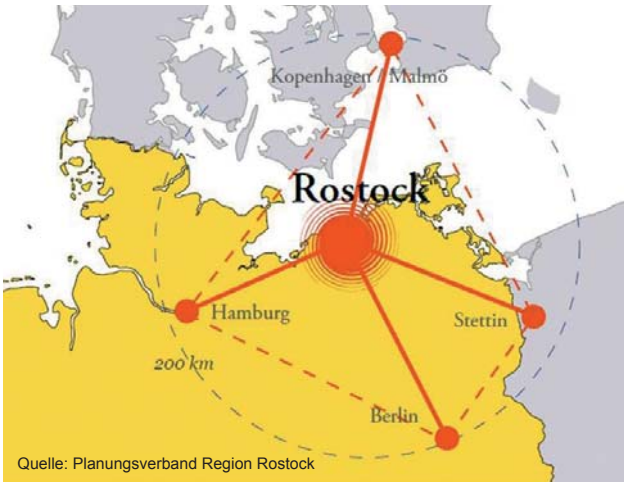
- die Erweiterung und Intensivierung des Regionalmarketings,
- die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Regionalentwicklung,
- die Optimierung von Abstimmungsprozessen zwischen kommunalen Akteuren und bestehenden Netzwerken sowie
- der Aufbau eines Netzwerkes „Regiopolen in Deutschland“.

Christian Kluck
Projektleiter,
Regiopolregion Rostock
Tel. (0381) 331 89 451
christian.kluck@regiopole-rostock.de

Elke Wegener
Projektmitarbeiterin,
Regiopolregion Rostock
Tel. (0381) 331 89 454
elke.wegener@regiopolregion-rostock.de

[1] Aring, J. und I. Reuther (2008): Die Regiopole. In: Aring, J. und I. Reuther (Hrsg.): Regiopolen – Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung. Jovis Verlag GmbH Berlin, S. 8-33.

Abbildung 1: Lage der Regiopole Rostock



Quelle: Planungsverband Region Rostock

Durch diese Maßnahmen wird der Standort als Wachstumskern zwischen den Metropolen gestärkt und die Herausbildung der regionalen Identität gefördert. Außerdem werden regionale Potenziale zielgerichtet entwickelt und ein positives Image der Region nach innen und außen transportiert. Langfristig sollen Regiopolen/Regiopolregionen als politische Kategorie der zentralörtlichen Gliederung anerkannt und angemessen bei Förderung und Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Was wurde bisher erreicht?

Der Regiopolen-Ansatz findet regional wie überregional mehr und mehr Akzeptanz. Er hat in eine Vielzahl von Raumentwicklungskonzepten Eingang gefunden, darunter z. B.: Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock (2011), Rostock 2025 Leitlinien zur Stadtentwicklung (2012), Entwurf der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland (2013).

Eine Vielzahl von Projekten wird von der Regiopolregion Rostock gemeinsam mit regionalen Partnern initiiert, wie z. B. die nachfolgend genannten.

Das mehrtägige Kunst- und Kulturfestival regio:polis fand 2013 erstmals statt. Mit regio:polis wird die Vielfältigkeit der regionalen Kunst- und Kulturszene sichtbar gemacht und die kulturelle Identität der Regiopolregion Rostock gestärkt. Ein besonderes Augenmerk bei der Weiterentwicklung liegt auf der Vernetzung von Kunst, Kultur und Wirtschaft.

Mit dem Pilotprojekt „Barlachstadt Güstrow – Virtuelles Schaufenster“ werden Güstrow als Mittelzentrum sowie die regionale Kaufkraft gestärkt. Durch den Aufbau einer digitalen Handels- und Serviceplattform werden das regionale Angebot sichtbar gemacht, Arbeitsplätze gesichert, regionale Wirtschaftskreisläufe ausgebaut und neue Entwicklungsmöglichkeiten für ländliche Regionen greifbar gemacht.

Ausblick – Ein Netzwerk für Regiopolen in Deutschland

Bereits seit 2007 wird über ein Städtenetzwerk der Regiopolen nachgedacht. Auf Basis einer interkommunalen Vereinbarung wird derzeit das Netzwerk „Regiopolen in Deutschland“ gegründet. Das Netzwerk wird sich für eine Verankerung des Begriffs „Regiopole“ in der Regional- und Landesplanung sowie in der Bundesraumordnungspolitik stark machen, Modellprojekte unter dem Thema der Regiopolen erschließen und initiieren, gemeinsam Projekte entwickeln, Erfahrungen und Informationen austauschen sowie den Regiopolen-Ansatz zu einem Werkzeug der Regionalentwicklung ausbauen.

Das vorherrschende dichotome Raumbild aus Metropolregionen und ländlichen Regionen wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Der Regiopolen-Ansatz als junges Raumkonzept soll die aktuellen Raumkategorien ergänzen. Regiopolen existieren einerseits aufgrund ihrer qualitativen und quantitativen Merkmale, müssen andererseits aber ihren Status und ihre raumwirksamen Entwicklungspotenziale verstärkt durch intensivierte Kooperationen aufrechterhalten. ■

Abbildung 2: Regiopolregion Rostock

Weitere Informationen unter:
www.regiopole-rostock.de, www.regiopole.de, www.regio-polis.de

Neue EU-Förderperiode:

Impulse zur Entwicklung von Stadt-Umland-Partnerschaften

Dr. Harald Hoppe

Gegenwärtig erfolgen europaweit die Vorbereitungen auf die neue EU-Förderperiode. Das Land Brandenburg hat bereits im November 2013 einen Wettbewerb zur Auswahl der LEADER-Regionen gestartet. Dabei soll Stadt-Umland-Belangen in den „Regionalen Entwicklungsstrategien“ (RES) ein größerer Stellenwert zukommen. In Kürze wird ein „Stadt-Umland-Wettbewerb“ (SUW) ausgelobt. Strategisches Anliegen ist es, über die Initiierung von Kooperationen zwischen Stadt und Land Entwicklungspotenziale zu erschließen.

Das Jahr 2014 ist hinsichtlich der Rahmenbedingungen für die ländliche Entwicklung durch den Abschluss der laufenden EU-Förderperiode und durch die Vorbereitung auf die neue Förderperiode geprägt. Aus Brandenburger Sicht, d. h. aus dem Blickwinkel einer Region, die von Einflüssen insbesondere der Metropole Berlin und gleichzeitiger Strukturschwäche in der Peripherie geprägt ist, steht die Frage der Rahmenbedingung für die Landesentwicklung besonders im Fokus. Mit den Möglichkeiten, die der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für die Gestaltung der Entwicklung auf dem Lande insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge und Einkommenssicherung bietet, sollen weiterhin gute Voraussetzungen geschaffen werden. In Übereinstimmung mit der Strategie „Europa 2020“ geht es darum, die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, der Ressourcenökonomie und der sozialen Belange in den ländlichen Gebieten sowie in den Zentren zu meistern.

Dr. Harald Hoppe

Referatsleiter „Ländliche Entwicklung“ im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Harald.Hoppe@MIL.Brandenburg.de

Besonderes Augenmerk auf Stadt-Umland-Partnerschaften auch im ELER

Für die Steuerung der Entwicklungsprozesse auf dem Lande haben sich seit Ende der 1990er Jahre der LEADER-Ansatz und die „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) zu tragenden Elementen entwickelt. Gegenwärtig gibt es im Land Brandenburg 14 Lokale Aktionsgruppen (LAG), die wichtige Impulse für die Entwicklung geben. Prozesse der Beteiligung und Vernetzung sind dabei tragend. Aufgabe der LAG ist es auch, für einen regionalen Konsens bezüglich der Entwicklungsschwerpunkte zu sorgen und eine Prioritätensetzung zum Einsatz von Fördermitteln vorzunehmen. Im Zeitraum seit 2007 konnten etwa 5 000 Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Einkommenssicherung und Innovationen für die jeweilige Region haben dabei einen hohen Stellenwert. An vielen Stellen bestehen im Rahmen der LAG bereits jetzt Stadt-Umland-Partnerschaften, deren Zusammenarbeit auch unter dem Aspekt der Erschließung unterschiedlicher Fonds fortgeführt werden kann. Mit den Beiträgen zum laufenden LEADER-Wettbewerb (s. o.) sollen die regionalen Partnerschaften Grundlagen für die Weiterentwicklung der Integration von Stadt und ländlichem Raum legen.

Eigener Wettbewerb für Stadt-Umland-Kooperationen

Vorbereitet wird darüber hinaus ein Wettbewerb, der ausgehend von Ober- und Mittelzentren und unter Beachtung der Fördermöglichkeiten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die städtische Entwicklung und des ELER für die ländlichen Gebiete speziell Stadt-Umland-Partnerschaften mit einem verzahnten, fondsübergreifenden Mitteleinsatz einen Schub verleihen soll. Insbesondere im Bildungsbereich kann hierbei auch der Europäische Sozialfonds (ESF) mit herangezogen werden. Die Abstimmung der Akteure zu lokal bedeutsamen Vorhaben gewinnt somit nicht nur vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen an Bedeutung. Strategische Ansätze, die über den „Tellerrand“ der Gebietskörperschaft hinausgehen, sind gefragt. Regionaler Konsens soll Fundament z. B. für nachhaltige Daseinsvorsorge sein.

Schon jetzt ist damit für die gesellschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg klar, dass diese durch ein noch höheres Maß an Vernetzung und Beteiligung geprägt sein wird – ein anspruchsvoller und zukunftsweisender Weg. ■

STADT-LAND-ILE?

Potenziale der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Stärkung der Kooperation von Stadt und Land

Dipl.-Ing. Sebastian Büchs, Prof. Dr. Holger Magel und Prof. Mark Michaeli

Die Kooperationen von Stadt und Land nehmen in der europäischen und bundesdeutschen Fachdiskussion eine zunehmend wichtige Rolle ein. Dabei ist die vermeintliche Trennung zwischen der „Stadt“ und dem „Land“ keineswegs natürlich entstanden. Vielmehr ist der Gegensatz zwischen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum u. a. durch unterschiedliche Planungs- und Bodenordnungsinstrumente (BauGB – FlurbG) und Ressortzuständigkeiten (Städtebauförderung – Ländliche Entwicklung) zu einem guten Teil künstlich erzeugt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit das Instrument der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) und die damit initiierten gemeindeübergreifenden Zusammenschlüsse geeignet sind, Kooperationen mit Städten einzugehen und gemeinsame Interessen und Projekte zu entwerfen. Dieser Frage ging eine Vorstudie der Lehrstühle Bodenordnung & Landentwicklung und Sustainable Urbanism der TU München nach.

Stadt-Land-Kooperationen in der ländlichen Entwicklung

Gerade in ländlichen Räumen werden seit einigen Jahren verstärkt Kooperationen mehrerer Kommunen in vielfältigen Themenfeldern durch verschiedene Programme gefördert, u. a. auch durch die Integrierte Ländliche Entwicklung. In Bayern bestehen derzeit 61 ILE-Prozesse, an denen jeweils zwischen 2 und 23 Kommunen teilnehmen (vgl. StMELF 2013a). Obwohl diese interkommunalen Kooperationen einen sehr breiten, integrierenden Ansatz verfolgen, sind Stadt-Land-Kooperationen bislang weder in den offiziellen Handlungsleitfäden und Förderrichtlinien, noch in der praktischen Umsetzung ein explizites und prioritäres Handlungsfeld.

Untersuchungsschwerpunkte und Vorgehensweise

Die Bandbreite der heute gelebten und der zukünftig denkbaren Stadt-Land-Kooperationen ist groß. Sie unterscheidet sich je nach regionaler Aufgabenstellung und Themenstellung, nach den lokalen Organisations- und Kommunikationsstrukturen, den beteiligten Akteuren und dem räumlichen Zuschnitt. Auch können im Gebiet der ILE-Prozesse bereits eine oder mehrere Städte liegen, die am gesamten ILE-Prozess beteiligt sind, oder die ILE selbst kooperiert mit einer Stadt außerhalb des eigenen Gebietes. In der Untersuchung wurden anhand von fünf Fallbeispielen die bestehenden Kooperationen von Stadt und Land im Rahmen der ILE untersucht (vgl. Abb. 1).

Ergebnisse – Bestehende Kooperations- und Kommunikationsdichte

Die Kooperation von Stadt und Land ist in den untersuchten ILE-Prozessen kein explizites Themenfeld. In vielen ILE-Prozessen steht derzeit noch die Abstimmung zwischen den beteiligten Kommunen im Vordergrund, während Kooperationen mit Dritten eine untergeordnete Rolle spielen. In Abbildung 2 sind die Kooperationen zwischen Stadt und Land in sog. „Kooperationsstufen“ einsortiert. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Stadt und Land wird in vielen ILE-Prozessen bereits als großer Fortschritt gesehen, auch ohne die Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Im Hinblick auf kleine Landstädte unter 5 000 EW konnte ein Bedeutungsverlust des vermeintlichen Gegensatzes zwischen diesen Städten und den umliegenden Gemeinden festgestellt werden. Die kommunale Leistungsfähigkeit orientierte sich in diesen Fällen nicht an den Grenzen von Stadt und Land. Gerade in strukturschwachen Räumen mit schwindenden Versorgungsangeboten liegt es auch im Interesse der ländlichen Gemeinden, zentrale Kommunen mit Versorgungsangeboten zu stärken, damit diese eine Ankerfunktion einnehmen können. In der Untersuchung stellte sich her-

Dipl.-Ing. Sebastian Büchs

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, TU München

Tel. (089) 289 - 22 534
buechs@landentwicklung-muenchen.de

Prof. Dr. Holger Magel

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, TU München

Prof. Mark Michaeli

Lehrstuhl Sustainable Urbanism, TU München

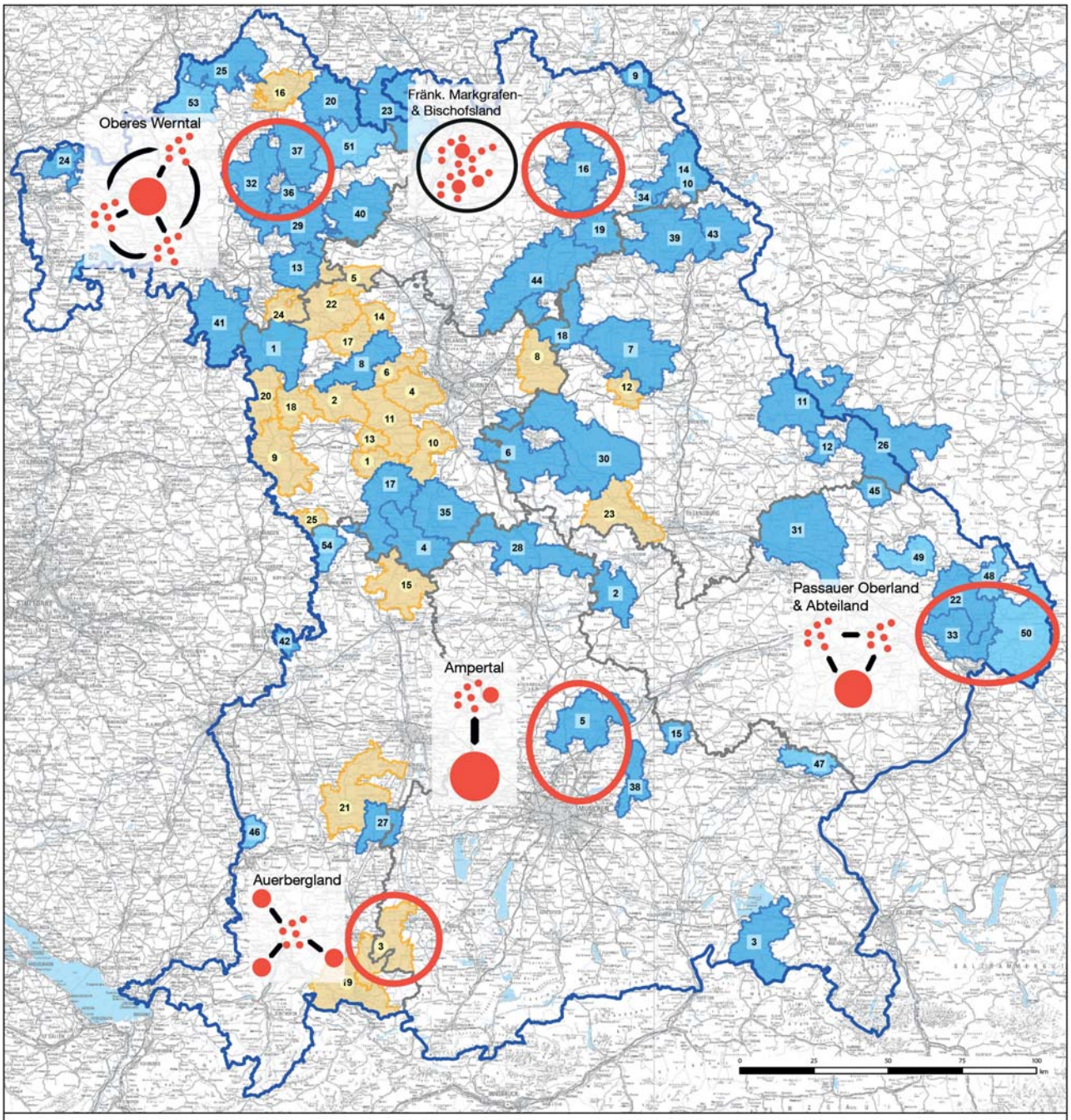


Abbildung 1: Laufende Kommunale Kooperation 2011 in der Ländlichen Entwicklung

Integrierte Ländliche Entwicklungen gegründet im Jahr 2011
Integrierte Ländliche Entwicklungen gegründet ab 2005
Kommunale Allianzen gegründet vor 2005

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

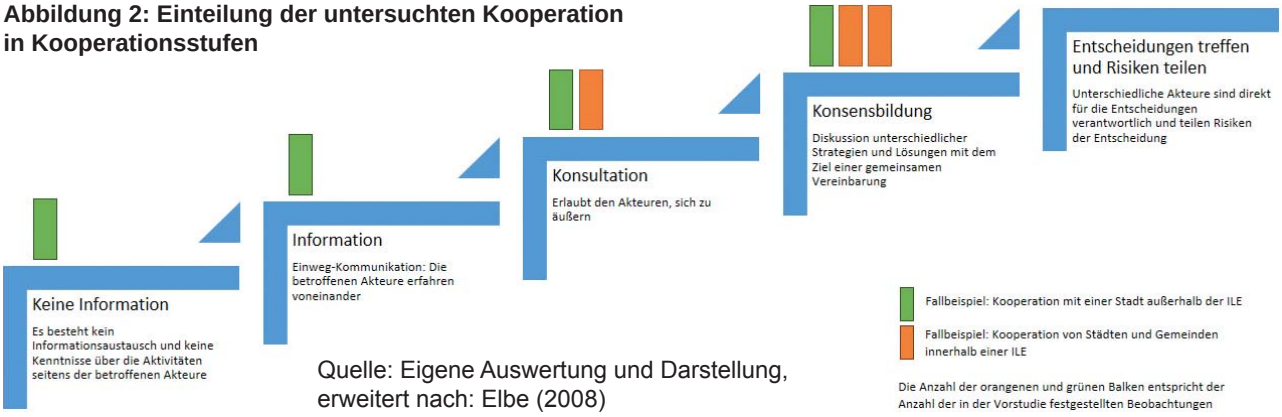
Stand: 01 / 2012

aus, dass diese Funktion auch prosperierende Gemeinden übernehmen können, die umliegende Kleinstädte mitversorgen. Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass die derzeitigen Kooperationen von Stadt und Land im Rahmen der ILE hinter den Möglichkeiten zurückbleiben.

Für eine stärkere Kooperation von Stadt und Land im Rahmen der ILE konnten u. a. folgende Voraussetzungen identifiziert werden:

- **Bewusste Prozessgestaltung** zur Kooperation zwischen Stadt und Land mit eigenem Auftakt;
- **Institutionalisierung und Auftritt nach außen:** Damit die kommunalen Allianzen der ILE

Abbildung 2: Einteilung der untersuchten Kooperation in Kooperationsstufen



Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung, erweitert nach: Elbe (2008)

als Verhandlungspartner von Seiten der Städte wahrgenommen und akzeptiert werden, ist ein ILE-Vertreter mit ausreichend Handlungs- und Verhandlungsbefugnissen nötig.

- **Etablierung nach innen:** Die ILE-Prozesse müssen sich nach innen bereits stark etabliert haben, bevor sie eine verbindlichere Kooperation mit externen Akteuren aufnehmen können.
- **Raumzuschnitt:** Die ILE-Prozesse im Umland größerer Städte sind nur dann als Ansprech- und Kooperationspartner interessant, wenn sie einen Raum abdecken, der dem Interessensgebiet einer Stadt entspricht. Eine Stadt-Land-Kooperation muss deshalb bei der Entwicklung neuer ILE-Prozesse und der Entscheidung, welche Kommunen daran partizipieren, bereits mitgedacht werden.

In der nun beginnenden Hauptstudie werden die Themen „ILE in der Region“ und ihr Beitrag zur räumlichen Entwicklung weiter vertieft. Dabei soll auch untersucht und dargestellt werden, wie die Kooperationen und Netzwerke derzeit tatsächlich funktionieren und in welchen Bereichen und Situationen eine engere Kooperation zweckmäßig wäre. Dazu werden Befragungen aller ILE-Prozesse in Bayern durchgeführt und mit Hilfe von Fallbeispielen die räumlichen Kooperationsmuster und Netzwerke, auch jenseits staatlich unterstützter Kooperationen, dargestellt. ■

Weitere Informationen unter: www.landentwicklung-muenchen.de

Bürger und Bauer … trennt nichts als die Mauer?

Die spätmittelalterliche Stadt und ihr Umland am Beispiel Lüneburgs

Niels Petersen M. A.

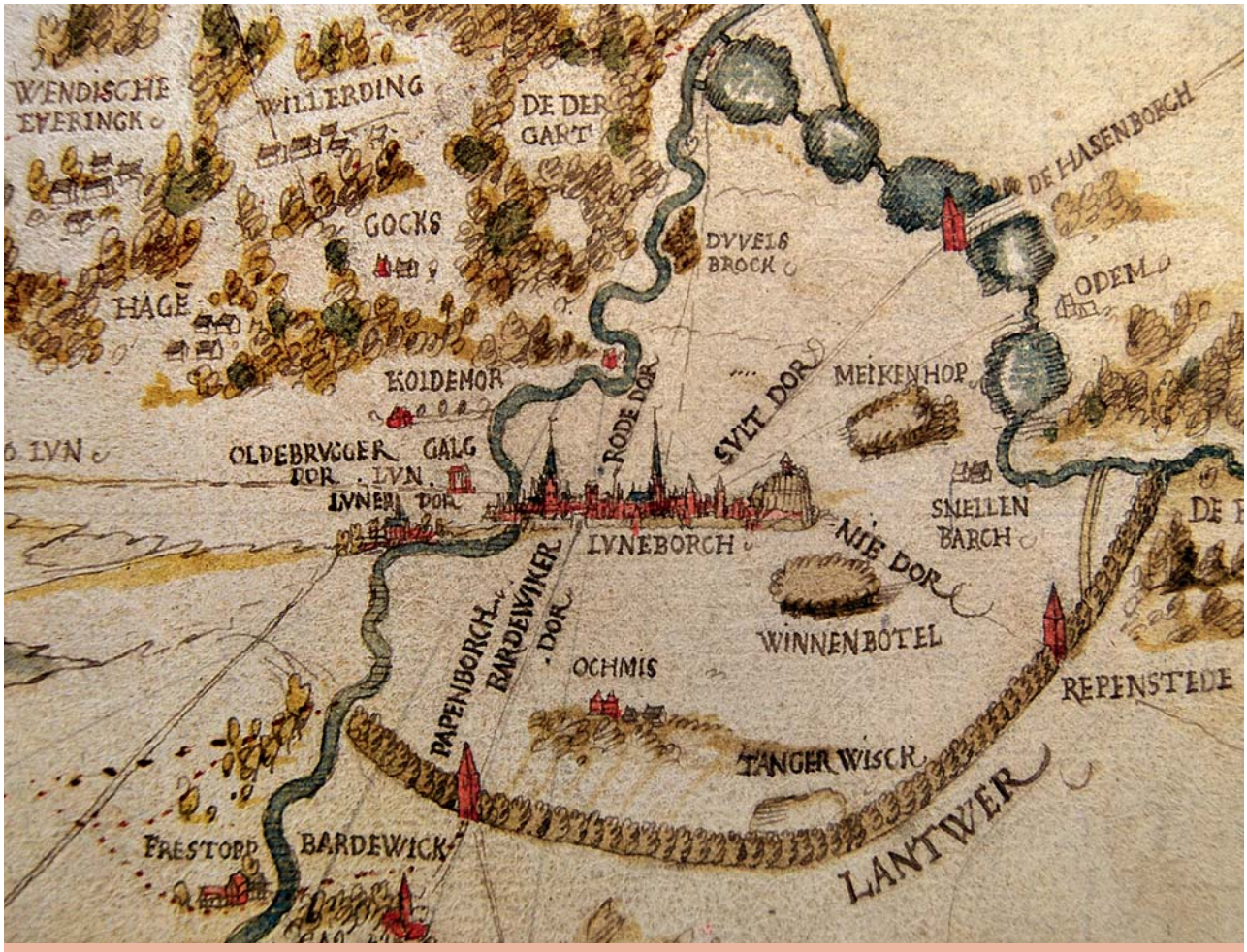
Auf Wappen und Siegeln stehen sie noch heute für die Stadt an sich: Stadtmauer und Stadttor. Sie prägen unser Bild von der mittelalterlichen Stadt als Siedlungsinsel inmitten des weiten, platten Landes. Hier wurde Handel getrieben, Silbermünzen gingen von Hand zu Hand. Nach Jahr und Tag war man frei. Große Koggen lagen in den Häfen, die die Fertigprodukte der städtischen Wandschneider, Schmiede oder Schreiner zu ihren Abnehmern brachten. Die Kaufleute fuhren zu den großen Messen nach Frankfurt und Leipzig. Und außerhalb der Mauern? Dürre Äcker, weite Wiesen, große Wälder. Hie und da ein Weiler, bevölkert von Leibeigenen und armen Kätnern, in den Marschen mit ihren guten Böden gelegentlich große freie Bauern. Ansonsten Klöster und Adelssitze als Großgrundbesitzer, die durch unbefestigte Wege miteinander verbunden waren.

Man ahnt, dass sich die Realität differenzierter darstellte. Natürlich hoben sich die Städte um 1400 aufgrund ihrer spezialisierten Gewerbe und Kaufleute sowie der Rechtsstellung ihrer Bürger von dem feudal geprägten Land ab, in dem Grundbesitzer das wirtschaftliche Leben bestimmten und in dem vielmehr die Unfreiheit den Normalzustand darstellte. Aber die einen kamen ohne die anderen nicht aus.

Niels Petersen M. A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Historische Landesforschung der Universität Göttingen. Für seine Dissertation „Die Stadt vor den Toren – Lüneburg und sein Umland im späten Mittelalter“ erhielt er den Forschungspreis Lüneburger Geschichte. Eine Publikation wird vorbereitet.

Niels.Petersen@phil.uni-goettingen.de, www.uni-goettingen.de/ihlf



Lüneburg mit seiner Landwehr im Kartenbild von Daniel Frese aus dem Jahr 1575 (Ausschnitt).
Quelle: Stadtarchiv Lüneburg K8 A2 (k)

Stadt und Land standen in vielfältigen Verbindungen zueinander. Die wohlhabenden Bürger der Oberschicht legten ihr überschüssiges Kapital oftmals in Grundbesitz auf dem Land an, wobei der Besitz von der einzelnen Wiese über einen Hof bis hin zum ganzen Dorf inklusive der Gerichtsherrschaft (Vogtei) reichen konnte. Ökonomisch wirkte sich jedoch besonders das aufkommende Verlagswesen – städtischer Betrieb, z. B. Weberei, greift auf Arbeiter auf dem Land zurück – auf die Beziehungen zwischen Stadt und Land aus: Lohnarbeit und Lohndumping hielten Einzug. Es gab Einkommensmöglichkeiten für mehr Menschen – aber auch eine größere Abhängigkeit von städtischen Konjunkturen. Auch ohne die direkte Verbindung zu einem städtischen Betrieb richteten manche Landbewohner ihre Produktion auf die städtischen Bedürfnisse aus, denn die Sogwirkung des städtischen Marktes machte sich natürlich auch im Umland bemerkbar. Die Lüneburger Saline benötigte zum Salzsieden beispielsweise das ganze Jahr über große Mengen an Brennholz, vor allem Birken- und Erlenholz, sowie Eichen- und Buchenholz, das sonst zum Hausbau verwendet wurde. Wer über Einschlagrechte in Gehölzen verfügte, lieferte an die Stadt. Die große Nachfrage nach dem Holz zeigte sich in dem Bestreben der Betreiber der Saline, Versorgungsverträge mit Lieferanten im Vorwege abzuschließen. Andere warteten vor den Stadttoren, um das Holz noch direkt von den Fuhrwerken zu kaufen. Dieser sog. Vorkauf wurde im 15. Jahrhundert durch Ratsbeschlüsse regelmäßig verboten, denn er führte dazu, dass Holzlieferungen an der Holzhude, dem kommunal betriebenen Stapelplatz, wo das Holz nach festen Tarifen verkauft wurde, vorbei geschafft wurden. Der Vorkauf wurde dennoch praktiziert, denn es profitierten sowohl die Saline als auch die bäuerlichen Lieferanten davon.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen deuten es an: Eine unbedingte Grenze bildete die Stadtmauer nicht. Und wo endete die Gerichts- und Herrschaftsbefugnis des städtischen Rats – wo hätte das Ortsschild gestanden? Für das Beispiel vom Holzkauf bedeutet dies: Unterlagen Käufer und Lieferanten außerhalb der Stadt noch dem Vorkaufsverbot, und falls ja, wie weit außerhalb der Stadt mussten sie sich aufhalten, um nicht mehr belangt zu werden?

Während der Jahrzehnte andauernden Kriegshandlungen um die künftige Landesherrschaft im Fürstentum Lüneburg erhielt die Stadt 1392 die Erlaubnis, eine Landwehr zu ihrem Schutz anzulegen. Die Landwehr war ein System aus mit Dornenhecken bepflanzten Wällen und Gräben, das sich in einer Entfernung von drei bis sechs Kilometern um die Stadt legte. Diese Anlagen haben sich in Norddeutschland in großer Zahl bis heute erhalten, waren jedoch beispielweise auch in Rothenburg ob der Tauber zu finden, wo der Begriff Landwehr für das Gebiet stand, in dem die Stadt die Herrschaft ausübte. Ursprünglich dienten die Landwehren wohl dem Schutz der städtischen Weide- und Ackerflächen vor Viehdieben und anderen Feinden. Seit der Einführung des Stapelzwangs, das heißt, dass jeder durchreisende Händler seine Waren auf dem städtischen Markt anbieten musste, diente die Landwehr zusätzlich der Verkehrskontrolle. Man wollte verhindern, dass Händler den Markt heimlich umfuhren. An den wenigen Durchlässen wurden Warttürme und Schlagbäume errichtet. Doch die Städte konnten nicht einfach so auf dem Land Wälle und Gräben ziehen – der Grund und Boden hierfür musste erst von den Eigentümern bereitgestellt werden. 1410 erwarb der Lüneburger Rat von der Ritterfamilie von Meding für 60 Mark das Recht, die Landwehr über deren Weiden und Wiesen zu ziehen, musste jedoch auch garantieren, dass ein althergebrachter Weg dadurch nicht unterbrochen würde. Dies sicherte der Lüneburger Rat im folgenden Jahr auch den Bauern von Südergellersen „für ewige Zeiten“ zu. Als sich die Lage 1407 beruhigt hatte, einigten sich Stadt und Herzöge darauf, dass das Stadtgericht bis zur Landwehr reichen sollte. Können wir dort das Ortsschild aufstellen?

In jedem Oktober war eine Gruppe von 60 bis 80 Lüneburgern mit Spaten, Pferden sowie mit Bier, Brot und Speck beladenen Fuhrwerken weit außerhalb der Landwehr unterwegs, damit „die Weide im Wissen der Leute und so in Bestand bleiben möge, wie sie seit alten Zeiten gewesen ist“. Tatsächlich reichte die Stadtweide weit über die Landwehr hinaus. Ihre Grenzen markierte man mit kleinen Sandhügeln, den Schnedehaufen, oder mit Markierungen an Bäumen. Die so beanspruchten Weideflächen sollten dem Vieh der Bürger – die Stadt beschäftigte eigens hierfür Hirten – mindestens zwischen Marientag (8. September) und Walpurgis (1. Mai) zur Verfügung stehen. Das Vieh zog dann von Fläche zu Fläche, und wenn jemand einen Graben gezogen hatte, musste dieser überbrückt oder zugeschüttet werden. Bürger ließen sich diese Vorschriften noch gefallen, die Häcklinger Bauern hingegen sahen dies schon nicht mehr ein, denn „sie mochten den Stadthirten nicht leiden und drohten ihn zu schlagen“. Entsprechend waren auch die städtischen Weideherren nicht zimperlich im Umgang mit vermeintlichen Abgrabungen. Bei einem Weideumgang wurde festgestellt, dass ein Häcklinger Bauer einen Immenzaun, einen Verschlag, in dem Bienenkörbe aufgestellt wurden, verbotenerweise auf Weidegebiet angelegt hatte. Der Bauer wurde von den Weideherren herbeizitiert und „im Beisein des Mannes wurde der Zaun angezündet und verbrannt“.

Die Lüneburger hatten sich im 15. Jahrhundert also die Gerichtsherrschaft innerhalb der Landwehr gesichert und übten darüber hinaus aus eigener Macht „von Alters her“ eine Art Baupolizei aus. Erst im Laufe des 16. Jahrhunderts entwickelte sich eine Auffassung von Herrschaft und Verwaltung, die vielmehr auf die Fläche bezogen wurde. Die Herzöge, die ihre Territorien in Ämter, vergleichbar mit den heutigen Kreisen, gliederten, waren bestrebt, alle Kompetenzen innerhalb der Ämtergrenzen in einer Hand zu bündeln. Wo vorher verschiedene Rechte in unterschiedlicher Reichweite für verschiedene Personengruppen existierten, setzte sich langsam eine Verwaltungspraxis durch, die zu klaren und in Karten festgelegten Grenzen führte. Für die Stadt bedeutete dies in allen Fällen eine deutliche Beschränkung – sie konnte ihr Umland nicht mehr so dominieren, wie es noch im Mittelalter der Fall war. Sie hatte aber nun zugleich einen klar fixierten Platz für ihr Ortsschild gefunden: An der festgelegten Grenze zwischen Stadtgericht und herzoglichem Amt. ■

Lesehinweis:

Das Standardwerk zu den historischen Stadt-Land-Beziehungen hat Rolf Kießling verfasst: Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Böhlau-Verlag 1989.

Lesetipps!

Metropolregionen und Regionalplanung

Tobias Preising. MetropolRegionalPlanung. Chancen und Risiken einer Zusammenführung von Metropolregionen und Raumplanung, Verlag Dorothea Rohn, Detmold 2013, 251 S., ISBN 978-3-3-939486-75-6, 32,00 €.

Der Autor befasst sich mit den Chancen, aber auch Risiken, die mit einer Zusammenführung des wettbewerbsorientierten Konzepts der Metropolregionen mit der ressourcensichernden Raumplanung auf regionaler Ebene verbunden sind. Zunächst werden die Hintergründe, die zur Entstehung von Metropolregionen geführt haben, in die verschiedenen Theorien der räumlichen Entwicklung eingeordnet. Anschließend wird der Diskurs über die Weiterentwicklung der deutschen Raumplanung von einer Ordnungsplanung zu einem aktiven Regionalmanagement aufgegriffen. Dabei werden Thesen für die Zusammenführung von Metropolregionen und Raumplanung entwickelt, die an zwei Fallbeispielen in unterschiedlichen Regionen überprüft werden. Daraus resultierend werden Handlungsempfehlungen skizziert, um eine Weiterentwicklung der Metropolregionen unter Einbeziehung der räumlichen Planung voranzutreiben. ■ lü

Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit?

Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen

Matthias Bernt, Heike Liebmann (Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden 2013, 235 S., ISBN 978-3-531-18596-5, 29,95 €.

Wie entstehen Peripherien? Warum entwickeln sich Städte trotz vergleichbarer Ausgangsbedingungen z. T. ganz unterschiedlich? Und welche Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gibt es, wenn man zur Peripherie gehört? Diesen Fragen gehen die Autoren u. a. am Beispiel von Mittelstädten in Ost- und Westdeutschland nach, die sich in strukturschwachen Regionen befinden. Sie untersuchen Wechselwirkungen zwischen den Problemen der Abwanderung, der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit sowie der Abkopplung von Infrastrukturen und wirtschaftlicher Innovation, verdeutlichen die Bedeutung von Stigmatisierung, betrachten Besonderheiten der lokalen Politik und analysieren Lösungsstrategien innerhalb eines regionalen Kontextes wie z. B. interkommunale Kooperation oder den Anschluss an Metropolregionen. Außerdem fragen sie danach, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen Zuwanderung von Migranten Prozessen der Peripherisierung entgegenwirken kann.

Das Buch richtet sich an Studierende und Forschende der Humangeografie, Raumplanung, Stadtsoziologie und Politikwissenschaft sowie an Praxisvertreter der Stadtentwicklung in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. ■ za

Kleine Städte in peripheren Regionen

Prozesse. Teilhabe und Handlungsbefähigung. Integriertes Stadtentwicklungsmanagement

Alexandra Engel, Ulrich Harteisen, Anke Kaschlik (Hrsg.). Verlag Dorothea Rohn, Detmold 2012, 158 S., ISBN 978-3-939486-68-8, 26,00 €.

Im Rahmen der gleichnamigen Tagung der HAWK – Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden und Göttingen im Mai 2012 entstand dieser Tagungsband. Zentral geht es um die Frage, welche Entwicklungsprozesse kleine periphere Städte brauchen und wie diese nachhaltig gestaltet werden können. Die zwölf Beiträge gliedern sich in vier Themenschwerpunkte: 1) Grundlegendes zum Verständnis kleiner Städte in peripheren Regionen, 2) Wissenschaftliche Diskussion zentraler Handlungsfelder, kommentiert aus der Praxis, 3) Vorstellung und Diskussion eines integrierten Stadtentwicklungsmanagements und 4) Kommentierte Zusammenschau der Tagungsdiskurse- und Workshops. ■ lü

Stadt.Land.Europa.

Das Diskussionspapier „Stadt.Land.Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken“ basiert auf dem gleichnamigen BMVBS/BBSR-Expertengespräch vom 28. März 2012 in Berlin im Rahmen des MORO-Forschungsprojektes „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“. Es beleuchtet Vorteile und Voraussetzungen von Stadt-Land-Partnerschaften, Themen und Handlungsfelder sowie geeignete Instrumente und Finanzierungsformen. Abrufbar unter: www.stadt-land-europa.de

Die ASG gratuliert …

… Christian Schmidt zum neuen Amt des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft

Der 56-jährige Jurist, der zuvor als Parlamentarischer Staatssekretär acht Jahre im Verteidigungsministerium und zuletzt kurz im Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit tätig war, übernahm im Februar 2014 das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers. Die ASG wünscht ihm viel Erfolg bei den neuen Aufgaben.

… Arnd Spahn zum Vorsitz im SVLFG-Vorstand

Arnd Spahn hat mit Jahresbeginn 2014 den Vorsitz im Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) übernommen. Der Sekretär der Europäischen Landarbeitergewerkschaften (EFFAT) vertritt die Gruppe der Arbeitnehmer in der SVLFG. Die ASG wünscht ihm alles Gute für die neue Aufgabe.

… Hermann Kroll-Schlüter zum 75. Geburtstag

… Christel Hoffmann zum 65. Geburtstag

Die ASG wünscht den Jubilaren alles Gute, insbesondere Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Michael Busch und Ines Fahning neue Geschäftsführer der ASG

Neue Geschäftsführer der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. sind Michael Busch und Ines Fahning, die die Geschäftsstelle seit November 2012 bereits kommissarisch geführt haben. Beide haben in Göttingen Agrarwissenschaften studiert und sind seit über 25 Jahren wissenschaftliche Mitarbeiter der ASG.

Termin

Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen – Innovationen querfeldein“

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank suchen mit dem Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ im Jahr 2014 Impulse und Innovationen, die die Zukunftsperspektiven ländlicher Regionen stärken. Gefragt sind gute Ideen und Projekte aus allen Regionen Deutschlands, die eine Plattform verdienen, auf der sie wahrgenommen werden. Die Bewerbung für Projekte in den Kategorien Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Umwelt, Bildung und Gesellschaft ist noch bis zum 30. April 2014 möglich.

Weitere Informationen und Bewerbungsmöglichkeit unter www.ausgezeichnete-orte.de

Für Sie gelesen

eurotopia-Verzeichnis 2014

Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa

Michael Würfel (Hrsg.). Einfach Gut Leben, Beetzendorf 2013, ISBN 978-3-9812968-1-5, 20,00 €.

Zum fünften Mal können Interessierte einen Einblick in Gemeinschaften und Ökodörfer aus ganz Europa erhalten und sich von alternativen Lebensentwürfen inspirieren lassen. Die Vielfalt ist schier unendlich – über 430 Gemeinschaften, Ökodörfer, Siedlungs- und Wohnprojekte werden im Verzeichnis aufgelistet. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Berichte und Informationen zum Leben in internationalen Gemeinschaften. Erleichtert wird die Lektüre durch eine neue Online-Suchfunktion.

Sorgfältig recherchiert, mit kurzen und prägnanten Selbstbeschreibungen sowie den Kontaktdaten der jeweiligen Gemeinschaften und Ökodörfer versehen, kann das Verzeichnis Quelle und Hilfestellung für Kenner, Suchende, Reisende und „Neulinge“ sein. Allen Lesergruppen wird der Zugang zu einer Welt ermöglicht, die nur selten Bestandteil der öffentlichen Berichterstattung ist. eg

Lebensgrundlage Land

ForschungsReport 2/2013 Ernährung – Landwirtschaft – Verbraucherschutz, herausgegeben vom Senat der Bundesforschungsinstitute im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der aktuelle ForschungsReport des Senats der Bundesforschungsinstitute gibt einen leicht verständlichen Einblick in die aktuelle Forschung zum Thema Boden und betont die Notwendigkeit des Bodenschutzes sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. In verschiedenen Aufsätzen werden Forschungsergebnisse zu den Zusammenhängen zwischen Anbauverfahren, Bodenfruchtbarkeit, Nährstoffbilanzen, Landnutzung und Treibhausgasemissionen dargestellt oder gezeigt, welche Potenziale das Phosphor-Recycling aus dem Abwasser für die Landwirtschaft birgt. Die Artikel sind auch einzeln herunterzuladen.

Abrufbar unter www.bmelv-forschung.de → Veröffentlichungen → ForschungsReport

Zukunftschancen bedarfsgerechter Nahversorgung in ländlichen Räumen Niedersachsens – ZukunftNAH

Prof. Dr. sc. techn. Barbara Zibell, Abteilung Planungs- und Architektursoziologie und Prof. Dr. Javier Revilla Diez, Abteilung Wirtschaftsgeographie, Leibniz Universität Hannover, Projektdauer 01.01.2012 bis 31.12.2013

Ziel des durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderten „innovativen Kooperationsprojekts“ der Leibniz Universität Hannover in Kooperation mit Landkreisen und Kommunen in Niedersachsen war es, Szenarien und Konzepte für innovative und nachhaltige Nahversorgungslösungen im ländlichen Raum zu entwickeln. In Beispielregionen wurden die Wechselwirkungen zwischen Nahversorgungsstrukturen, Raumsystemen und Einkaufsverhalten analysiert. Ergebnis war, dass nachhaltige Nahversorgungslösungen – seien dies einzelne Projekte oder übergreifende Konzepte – immer weniger herkömmlichen Standards traditioneller Einzelhandelsunternehmen entsprechen und unterschiedliche Akteurinnen und Akteure einbeziehen müssen. Um die Entwicklung ortsspezifischer Lösungsansätze zu erleichtern, wurde im Rahmen des Vorhabens ein Baukasten entworfen, der die Entwicklung innovativer und individueller Nahversorgungsansätze anregt.

Abrufbar unter www.igt-arch.uni-hannover.de/744.html

Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen – Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO)

Andrea Hartz und Lydia Schniedermeier, agl – angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung, im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin, November 2013

Das BMVBS hat seit 2008 ergänzend zu den nationalen Modellvorhaben zu Stadt-Land-Partnerschaften die Regio Aachen, die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben sowie das Saarland bei dem Vorhaben unterstützt, eine starke Partnerschaft für metropolitane Grenzregionen aufzubauen und 2011 als „Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen (IMeG)“ zu institutionalisieren. Der Abschlussbericht dokumentiert den Werdegang des IMeG und belegt, dass metropolitane Grenzregionen zu Recht eine auf Wachstum und Innovation ausgerichtete Raumentwicklung unterstützen.

Abrufbar unter www.bbsr.bund.de → Veröffentlichungen → BMVBS Veröffentlichungen → Sonderveröffentlichungen

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander, M. A.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.